Preis 1 Mk.

Adresse der Redaktion:
Posen, Berlinerstr. 5II
Fernsprecher Nr. 1736.

Mitteilungs-Blatt des Jüdischen Volksrats Posen

Büro des Jüdischen Volksrats:
Posen, Berlinerstr. 5II
Fernsprecher Nr. 1736.

Zwanglos erscheinende Hefte.
Verlag und Expedition: Jüdischer Volksrat Posen.

Nummer 10/11. POSEN, November/Dezember 1919 = Kislew/Tebet 5680. I. Jahrgang.

MITTEILUNGS-BLATT
DES JÜDISCHEN VOLKSRATS POSEN

Adresse der Redaktion: Posen, Berlinerstr. 5 II, Fernsprecher Nr. 1736.

ZWANGLOS ERSCHEINENDE HEFTE
Verlag und Expedition:
JÜDISCHER VOLKSRAT POSEN.

Büro des Jüdischen Volksrats: Posen, Berlinerstr. 5 II, Fernsprecher Nr. 1736.

Nummer 10/11 | POSEN, November-Dezember 1919 = Kislew-Tebet 5680. | I. Jahrgang.

Kampf gegen den Antisemitismus?

Vor kurzem erhielt ich vom Jüdischen Volksrat eine Einladung zu einer Sitzung, in der die Stellungnahme zur Bekämpfung des Antisemitismus im neuen Polenreiche auf der Tagesordnung stand. Ich war an der Teilnahme verhindert. Aber fast 25 Jahre jüdischen Kampfes in der ehemaligen Ostmark gingen mir durch den Kopf. Und ich konnte mich dabei von dem schönsten Augenblicke garnicht trennen, jenem Augenblicke, in dem die kräftige Jugend sich zu dem siegreichen Gedanken durchgerungen hatte, dass es für uns keinen Antisemitismus gebe, dessen Bekämpfung lohnenswert ist: in seiner typisch barbarenhaften Form berührte er unsern Weg nicht. Diesen Weg aber mit frischen, durch nichts behinderten Kräften auszubauen, wurde jetzt erst recht der wichtigste Teil unserer ganzen Lebensarbeit.

Mitleid, das in bösen Momenten wohl auch einmal in Spott sich verlor, erregte in uns jene mühselige Arbeit, die unsere Gegner in der Judenschaft auf die Verfolgung jedes einzelnen Antisemiten verwandten, der es wagte, seine Nase dem Kadigesetze faßbar zu machen. Es war ein Erbarmen, die repräsentative Jammerwürde mit ansehen zu müssen, mit der durch Phrasen-Drusch eine Jahrtausende alte, also eingewurzelte, in den verschiedenen Zeiten verschieden begründete Volksbewegung vernichtet werden sollte. Gewiß, auch wir empfanden bitter die Feindschaft der christlichen Volksgenossen, erkannten aber frühzeitig, daß wir es damals im Wesentlichen nicht mit einer Glaubenssache zu tun hatten Ob wir dann die Bewegung eine nationale oder eine Rassenbewegung nennen wollten, war und ist uns noch heut eine reine Doktorfrage. Der echte und rechte, wahre und treue Antisemit von jetzt ist und bleibt Rassenantisemit, eine Tatsache, welche die religiöse Beurteilung des Antisemitismus in ein stark komisches Licht stellt. Vielleicht hat aber der Antisemitismus, soweit er stellenweise von Vertretern der katholischen Kirche gepflegt und agitatorisch verbreitet wird, noch in der Gegenwart seine Ursache doch in der Glaubensfrage. Wie dem auch sei — hätten wir, wenn wir unsere Ohnmacht gegenüber diesen Strömungen einsahen, dem Antisemitismus, insbesondere dem Wirtschaftsantisemitismus, der ja seine Quelle gerade in allen denjenigen von unseren Tugenden und Tüchtigkeiten hat, die dem alten Adelsvolke der Juden eigen sind, bloße Worteskraft entgegenstellen sollen? — Ich wurde bis heut den Gedanken niemals los, daß sich damals als die jüdische Jugend sich entschlossen auch in jüdischen Dingen der positiven Arbeit zuwandte, eine Spur von Schamgefühl im Feindeslager regte, — jener Augenblick fiel mit der für das Deutschtum schmachvollsten und für die Stellung des Auslandes zu Deutschland entscheidenden Epoche Hammerstein, Stöcker, Ahlwart zusammen. Da plötzlich wurde das Schlagwort Antisemitismus in die Welt gesetzt. Man fing an, sich in der Gesellschaft der damaligen Antisemiten nicht mehr recht sauber zu fühlen, man wollte deren aller Gesittung und Religiosität hohnsprechende Kampfart nicht, wünschte aber auch andererseits keine gesellschaftliche Vermählung mit uns Juden. — Frei von jeder Verblendung setzten wir nunmehr dem Antisemitismus das von uns bis zum heutigen Tage mit zähem Rassenfleiß und eiserner Energie durchgeführte Programm der kulturellen Hebung des Judentums durch eigenen Zusammenschluß entgegen. Der Gemeinschaftsgeist kam wieder wie immer in den Zeiten der Not und Gefahr zur Blüte. Und ins zehnfache stiegen unsere freudigen Opfer auch für Zwecke, die außerhalb unserer Gemeinschaft lagen. Trotz alledem! Ist es erforderlich, unseren Lesern ein Bild unserer Einzelarbeit zu entwerfen? Sie ist uns gelungen. Wir haben die Jugend gewonnen, soweit sie Kraft und Mut in sich fühlt und nicht dem Gesinnungshändlertum anhängt, das keinem Herbststurm widersteht. Wir haben sie gewonnen nicht durch Phrasen, sondern durch systematischen Hinweis auf den ewig lebendigen Geist unserer Vergangenheit, daß sie es lernte, in dem trotz aller Härten schönen blühenden Leben sich freudig zu tummeln.

Der hohe Mut,
Zu Leben, in Jugend, Alter
Und Seligkeit.
In Tod und Todesnot,
Die wir im Lichte der Herrlichkeit
Vergessen, hinflutend
Ins Wissen, in die Freude selber.

Das ist Ki—tauw,
Das Unaussprechlich
Ueber—sprechliche Ja.

Nicht weiter träumen vom Seelenleben Jungjudas! Optimismus und gesunder, zielstarker Realismus zeichnen unsere Bahn. Und wenn mir dagegen einer in eines Funkens Scheine den Erfolg zeigt, den die Bekämpfung des Antisemitismus bisher gezeitigt hat, so will ich mich in bescheidener Demut beugen.

Nun gar im neuen Polenreich! Ueber diesen Punkt müssen gerade wir uns doch erst einmal in Haarschärfe klar werden. Da wird mir soeben das Programm gezeigt, das der nationaldemokratische Parteitag der Polen, also die heut herrschende Richtung des neuen Reiches, am 27. Oktober in Warschau angenommen hat. Es heißt u. a.: „Der nationale Volksverband bezeichnet als die wichtigste Aufgabe der nationalen Politik die Sicherung des polnischen Charakters in den Städten, dem polnischen Handel und Gewerbe."

Leset jede Zeile, jedes Wort, ihr Kämpfer gegen den Antisemitismus! Ziehet dann das Facit: Polen fühlt sich stark in sich allein. Es wünscht, seinem Volksleben einen unbestreitbar polnischen Stempel zu geben und wird in unentwegter Benutzung aller seiner politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtmittel zu seinem Ziele zu gelangen wissen. Das bedeutet ganz mechanisch schon die Ausschaltung aller nichtpolnischen Kräfte, der jüdischen wie auch der christlich-deutschen, soweit und sobald sie durch polnische ersetzbar sind. Es fehlt uns das Recht der Kritik: junger Wein, hohe, strebende Intelligenz, Aufbrausen in der Erinnerung an die Vergangenheit, berechtigtes Selbstbewußtsein. Daß wir Juden in diesem Stadium der völkischen Entwicklung mit zu den Leidtragenden gehören, wir, das an Zahl kleine Häuflein, — was fragt die Weltentwicklung für den Augenblick danach? Und ob es den Polen selbst frommt oder nicht — haben wir zunächst danach zu fragen? Ihr Werdegang wird Richter über ihr jetziges Tun sein, das noch niemand in seinen Folgen beurteilen kann, selbst der nicht, der neben den gerade jetzt stark hervortretenden Nationalschwächen mit gerechtem Blick die dem Polenvolke innewohnende, gewaltige, teils noch schlummernde Kraft beobachtet.

Die Polen, das müssen wir vor Augen behalten, stellen eben ihr ganzes Staatsprogramm auf ihre wirtschaftliche Erstarkung durch Monopolisieren von Handel und Gewerbe in ihren eigenen Händen. Das bedeutet natürlich den wirtschaftlichen Boykott aller Uebrigen, also das Programm, an dem die Ostmarkenpolitik Preußens zugrunde gegangen ist. Gelingt es ihnen aber, was besonders nach der Einverleibung Oberschlesiens, Ost- und Westpreußens einige Schwierigkeiten haben dürfte, den wesentlichen Teil der Nichtpolen wirtschaftlich auszuschalten, so haben sie dann erst noch ihre eigene, durch „Fremde" nicht mehr gestörte Baukraft zu erweisen.

Werdet Polen, verlangen sie von uns allen. Darin liegt eine scheinbar abgegrenzte Forderung, die in Kongreßpolen auch tatsächlich in großem Umfange von jüdischer Seite erfüllt worden ist, ohne die polnische Gegenliebe nach sich zu ziehen: Vielmehr untersteht der assimilierte polnische Jude noch heut dem judenablehnenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundgesetz der Polen. Es liegt zudem ferner klar auf der Hand, daß die jetzige Generation deutscher Juden schon durch die Unkenntnis der polnischen Sprache — ganz abgesehen von anderen noch wichtigeren, historisch begründeten Trennungsmomenten — nicht im Polentum aufgehen kann. Also muß sie vernichtet werden in ihrer Existenz. Unsere Kinder, die kein polnisches Wort verstehen, sind für polnische Handels- und Industrieinstitute ganz unbrauchbar. Soweit sie sich akademischen Berufen widmen wollen, kommt für sie schon wegen der Sprachunkenntnis und außerdem wegen der Prozentnorm die polnische Universität nicht in Betracht. Stolpert der Freiheitspole schon an der akademischen Freiheit? Schleppt die Flutwelle der beginnenden Völkerwanderung den Kern des angeblich vernichteten Zarentums vom Osten nach dem Westen? Das aber schließt alle die Gründe ein, die zur sicheren Abwanderung eines großen Teiles der nichtpolnischen Intelligenz und des nichtpolnischen Kapitals führen muß. Jenes Programm der Abwürgung haben wir in ganz ähnlicher Weise zur Zeit des HKtismus erlebt — wir Juden nicht zu unserm Nachteil! Denn wir sind trotz ihm erstarkt, in der Ostmark selbst oder, wenns hier nicht weiterging, außerhalb. Wird der Abgang so vielen arischen und semitischen Blutes nicht hemmend wirken in der Entwicklungsperiode des jungen Staatskörpers?

Wer nun das Vorgehen der Polen antisemitisch nennen will, mag es tun. Ich sehe in ihm ausschließlich eine ungesunde, alle Weltwirtschaftsgesetze blind übersehende, brauchbare Kräfte vernichtende Nationalpolitik, die auch vor den Christen nicht halt macht.

Wir alle müssen uns trotzdem damit abfinden, daß für Jahre hinaus jene Doktrin hier die herrschende sein wird. Je größeren Umfang Polen aber gewinnt, um so schwieriger wird sie durchführbar sein, am leichtesten noch in der Provinz Posen. Hierbei wollen wir dann noch bedenken, daß Wirtschaftskämpfe nicht in Glacéhandschuhen ausgefochten werden. Darum wird sich die Frage, hierbleiben oder auswandern immer dringender für uns, die Schwächeren, erheben. Die kulturhistorische Gerechtigkeit aber wird es verlangen, festzustellen, daß wir gerade diesen ganzen Entwicklungsvorgang nur von dem Gesichtspunkt der polnischen Nationalwirtschaftslehre beurteilen.

Brocken, Bettelsuppen, die hie und da einmal den Beschwerde führenden Juden hingeworfen werden, können unsern Kohl nicht fett machen und tragen,

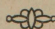
wenn sie angenommen werden, nicht dazu bei, den jüdischen Kaufmann des Ostens dem „Königlichen Kaufmann“ an Würde und Wert näher zu bringen. Darum lohnt es sich in keiner Weise, gegen den vermeintlichen wirtschaftlichen Antisemitismus polnischer Machthaber irgendwie ankämpfen zu wollen. Wie töricht wäre ein Versuch, dem in Polenkreisen neu auftretendem Wahngebilde des jüdischen HKtismus entgegentreten zu wollen. Und Loyalitätserklärungen — wie harmlos, wie naiv nehmen sie sich aus gegenüber dem zielbewußten Hasse, dessen dauernde Schürung parteipolitische Macht festigen soll.

Aber auf jede neue Staatsgründung richten sich die Augen der Welt, zu mindest und zunächst der daran interessierten wirtschaftlichen Welt, besonders wenn jener wie es mit Polen der Fall ist, die Balkanrolle für Zentraleuropas zugedacht ist. Die Welt aber, die hier in Frage kommt, ist identisch mit der überaus feinfühligen Weltwirtschaft. Ihre Gesetze sind stärker als die insulärer, wenn auch örtlich noch so starker radikaler Parteimächte. Hier wird dann bald das Schauspiel beginnen müssen, dessen Kosten nicht nur ein Teil der zur Auswanderung Gezwungenen, sondern vielmehr das ganze osteuropäische Wirtschaftsgebiet zu tragen haben wird.

Niemand, der sich schon in Friedenszeiten mit der ernsten wissenschaftlichen polnisch-nationalökonomischen Literatur beschäftigt hat, wird durch die bisherigen Vorgänge überrascht sein. Daß freilich die Tagesliteratur gerade, wie ich höre, im preußischen Teile Polens in excessivster Form den Judenhaß schürt, wird der ruhige Beobachter vielleicht als Schwächegefühl gegenüber der nicht ganz glatten und wunschgemäßen Abwicklung des nationalpolitischen und nationalwirtschaftlichen Geschäftes ansehen. Ich möchte aber davor warnen, diese abstoßende Erscheinung allzuhoch zu bewerten und aus ihr für die fernere Entwicklung allzu weitgehende Folgerungen zu ziehen. Hüten wir uns deshalb auch in einer Zeit, in der wir einen klaren, ruhigen Kopf brauchen, vor Verbitterung. Finden wir uns lieber nach jahrtausendlanger Schulung einmal mit unserm Schicksal ab: in der Heilkunde gab es Jahrhunderte, in denen man den Krankheitsherd dadurch zu bekämpfen suchte, daß man in dessen Nähe ein künstliches Geschwür erzeugte, durch das die bösen Säfte des Körpers abziehen sollten. Diese ableitende Behandlung spielt im Völkerleben noch heut eine mächtige Rolle: man lenkt die Mißstimmung des Volkes auf andere Unbeteiligte ab. Der Vorsicht halber wählt der Tapfere hierzu Wehrlose. Daß wir Juden jetzt plötzlich laut den gegen uns gerichteten Anklagen die Macht haben sollen, den Wunschzettel Polens zu durchlöchern — wer lächelt da nicht! Unter Verhältnissen normaler Entwicklung, die die volkswirtschaftlichen Gesetze nicht auf den Kopf stellt, hätten nur wenige Juden an die Auswanderung gedacht. Wir kleben ja alle an der Scholle. Und da hätte es Juden einfallen sollen, ihren eigenen Nährboden unfruchtbar zu machen? Wie würde ein solcher Intelligenzmangel zu der doch sicher anerkannten geistigen Begabung der Juden passen? Doch gemach! Unser Schicksal wird von anderer Macht geführt, als es hetzende Tagespresse ist. Und — seien wir wieder gerecht — auch diese Gewalten müssen häufig genug der Straßenströmung nachgeben, die in Zeiten vermeintlicher Stille und Stockung nach Gaumenkitzel verlangt. Sub specie aeterni müssen wir Juden unsere Lebensführung halten. Nationaler Stolz! Stolz auch als religiös-nationale Minderheit mitten in einem temperamentvollen Volke, das eben erst aufbauen will und noch im Einreißen begriffen ist. Ein dornenreicher Weg liegt vor uns, aber ein Weg, der durch das polnische Volksprogramm hell erleuchtet ist. Das allzuhelle Licht, das andrerseits die zum Ueberdruß zitierte polnische magna charta libertatum uns entgegenwirft, darf uns nicht blenden. Auch hier stehen wir schließlich vor etwas Neuem, vor der Regierung des Volkes! Da ist die Leitung abhängig von Stimmungen ihrer Auftraggeber. Und Stimmungen wiederum werden erzeugt und geändert von tausenderlei Unwägbarkeiten. Wir stehen vor dem Bilde der Völkerwanderung. Der frische, urkräftige Osten wandert gegen Westen. Ostkultur ringt mit der Westkultur. Dabei ist Polen bis heut wenigstens weder wirtschaftlich noch politisch als eine wirkliche Einheit aufzufassen. Hier starke Reste der alten preußischen Schule, drüben Rußland und Oesterreich. Mitten in diesem wirbelnden Gemisch die einzelnen Minioritäten. Alle ringen nach endlicher Ruhe. Dabei findet noch nirgends der suchende Blick den ruhenden Pol. Mag sein: zur Ruhe raten ist leicht. Es ist aber keineswegs gleichbedeutend mit dem verzweiflungsvollen alles über sich ergehen lassen. Allerdings müssen alle, die hierbleiben, Mut, Kraft u. Ausdauer haben, die Folgezustände zu tragen, die das augenblickliche Stadium des Einreißens mit sich bringt. Dieses muß aber für uns eine Zeit der Prüfung, Sammlung und Erkenntnis sein mit dem Ziele der unserer Innenkraft entsprechenden Einordnung in das neue Staatsganze. Unterschätzen wir auf diesem Abschnitt unseres Weges ja nicht etwa die Schwierigkeit unserer allernächsten Zukunftsarbeit, die für alle in Polen lebenden Miniori-täten im wohlverstandenen Interesse des Staatsganzen die nämliche ist, damit bei allen sonstigen trennenden Einflüssen die Schritte zu einander gelenkt werden. Da heißt es nun vor allem, das in den Zeiten unserer höchsten Not zehnfach lächerlich wirkende Kraftmeiertum in Wort und Schrift dem Museumsbestande endgültig einzuverleiben, dafür in ernster, emsiger und vor allem anderen selbstloser Arbeit jeden Einzelnen zur Sammlung schwindender Kulturwerte herbeizuschleppen. Da muß die Grundlage der Gemeinschaftsidee gesucht und geschaffen werden. Dann wird uns die Zukunft lehren, ob uns noch einmal die Möglichkeit wird, unsere Rechte gegenüber der jetzt herrschenden vernichtenden Strömungen zu verteidigen. Lenken wir nach dieser Richtung unseren Blick und handeln wir der Lage der Dinge entsprechend, dann haben auch wir Juden für die nächsten Jahre genug getan — auch im sicheren Interesse des polnischen Staatsganzen, dessen zukünftige wirtschaftliche Orientierung vorerst nur nach dem benachbarten Westen führen

kann, um später einmal, wenn Rußland wieder aufgebaut hat, gemeinsam mit diesem und Deutschland den Kern eines großen Ostblocks zu bilden. Schon dieser natürliche Gang wird das neue Reich rein automatisch zwingen, in nicht zu ferner Zeit von seiner augenblicklichen nationalchauvinistischen Politik zu lassen. Uns aber liegt es — wie noch einmal hervorgehoben sein mag — nicht ob, uns in unproduktiver Kleinarbeit gegen den Antisemitismus zu erschöpfen, sondern vor allem nach wie vor unserem alten Grundsatz treu zu bleiben: Kulturelle Arbeit und keine unkulturelle Kraftverschwendung. Dem gesellschaftlichen Asemitismus gegenüber werden wir uns auch weiterhin durch unsere sittliche und geistige Kraft gewappnet fühlen.

Kassel.



Chanukah 5680.

Als Lichtspender und Sorgenbrecher grüßen wir alljährlich immer von neuem das liebliche Chanukah, das die winterliche festtagsarme Zeit zu herzerhebender Weihe unterbricht. Schlicht, einfach und anspruchslos, wie es ist, ein getreues Spiegelbild der echten jüdischen Volksseele, begnügt es sich mit dem kurzen Stündchen, das wir ihm weihen, um bei frommem Sang und lustigem Spiel das Licht der Erhebung zu gewinnen. Aber auch sonst ist es anders, dieses Chanukah, wie die übrigen Feste. Seine eigentliche Feier vollzieht sich nicht am Tage, sondern erst dann, wenn die Sterne am Himmel funkeln und das Kommen der Nacht ankünden. Hinaus in die Schatten der nächtlichen Finsternis werfen die Chanukahflammen ihre Strahlen und werden so zum Symbol für die Gottesgnade, die jeder Nacht ein Ziel setzt. Was Israel einst erfahren hat, „in jenen Tagen um diese Zeit", bleibt das ewige Erlebnis eines jeden, der mit reinem Herzen und mit schuldfreier Seele seinen Lebenstraum zu deuten sucht. Alle Widersprüche und Gegensätze, die er gewahrt, lösen sich ihm in dem gläubigen Bewußtsein, für das einst der Patriarchensohn Joseph das Motto gefunden: „Des Herrn ist die Deutung."

Wann hatte aber das Israel des Exils nicht eine Nacht in seinen Schicksalen zu durchleben? Da bot Chanukah mit den Erinnerungen, die es weckt, einen Hoffnungsanker und wurde zum Interpreten der Bedingungen für den ewigen Bestand unserer Gemeinschaft. Und das bleibt der eigentliche Sinn unseres Festes. Es will uns an den Morgen erinnern, der wie in der Natur auch in unserer Geschichte immer wieder die Nacht abgelöst hat, uns aber auch mahnen, in geschlossener Einheit rein und unverfälscht unser geistiges Erbe, das Ölkrüglein unserer Thora, uns zu erhalten, damit wir der großen Ahnen würdig bleiben, an deren Fahnen sich der Sieg des Judentums über das Heidentum geheftet hat, und das würdige verbindende Glied zwischen Vergangenheit und Zukunft darzustellen. —

Und mehr denn je hat diesmal Chanukah seiner Aufgabe und Bestimmung gerecht zu werden. Schwer nur lichtet sich das Dunkel, in das der ganze Erdball ein halbes Jahrzehnt und länger getaucht ist, an dem Israel gar reichen Anteil hat. Ängstlich schauen wir jetzt vorwärts, und auf unsern Lippen brennt die bange Frage nach der Gestaltung unserer Zukunft. Wo die alte Welt in Trümmer gegangen und eine neue sich aufbaut, wird da unserer Gemeinschaft endlich ihr Recht werden? Wird die neue Zeit an ihr halten und zur Reife bringen, was sie allen Menschen verheißet? Solche und ähnliche Fragen bewegen uns, da scharen wir uns um die Menorah und wir sehen, wie von Abend zu Abend die Lichterreihe wächst, und die Lichtlein brennen die Schatten der Sorge aus unserer Seele. Sie gießen uns die frohe Zuversicht ins Herz, daß auch am Weiheleuchter der Menschheit das Licht der Freiheit und Gleichheit zu hellstem Glanze aufleuchten und schließlich auch Israel erstrahlen wird, das — wie das dienende Licht am Chanukahleuchter — mit seiner Thora das Licht der Erkenntnis und Weihe über die Geister und Gemüter verbreitet und eine unendliche Heilssaat in den Boden der Menschheit ausgestreut hat. Aus solcher Hoffnung steigert sich unser Wille zum Judentum und reifet unser Entschluß, den Makabäern gleich, uns um die alte Fahne mit immer erneuter Kraft zu scharen — uns allüberall wo immer wir auch sein mögen, unser geistiges Zion zu gründen. Daß den Nachkommen der Makabäer die Hoffnung auf das Wiedererstehen Palästinas als Mittelpunktes Israels die Pulse voller schlagen läßt, ist mehr als selbstverständlich. Angesichts der Chanukahflammen möge aber ihnen die Erkenntnis aufgehen, daß das Endziel, dem wir entgegensteuern, erst dann erreicht ist, wenn der Herr seinen Thron wieder in Zion aufschlägt und von hier wieder ausgeht Gottes Wort. Möge uns Chanukah zur Weihe unseres jüdischen Lebens und zur Pflege unserer Güter in Haus und Schule spornen! Das ist die große Verpflichtung unseres Seins und unseres Lebens für die Zukunft unserer Bekennerschar.

Rabbiner Dr. N. Lewin, Wreschen.



Die polnischen Parteien und das Judentum.

Aehnlich wie bei den Juden ist auch bei den Polen der Parteichauvinismus überaus stark, sodass die Parteien zu einer gemeinsamen Arbeit nicht kommen können. Dennoch haben die polnischen Parteien einen Kitt, der sie alle zusammenhält und sie in kritischen Momenten eine einheitliche Front bilden lässt: das Streben zu nationaler Selbständigkeit, ein Patriotismus, welcher oft dicht an einen vulgären Chauvinismus grenzt. Und noch einen solchen Kitt, einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt haben sie: das ist der Antisemitismus.

Vom Antisemitismus ist keine politische Partei in Polen frei, selbst der polnische Sozialismus nicht. Zwar ist die sozialistische Doktrin gegen jeden Menschenhass, also auch gegen die Judenverfolgungen. Aber das wirkliche Leben lässt uns ein anders Bild erblicken. Die führende Intelligenz des polnischen Sozialismus ist nur gegen den jüdischen Nationalismus. Gegen die Juden an und für sich hat sie nichts einzuwenden. Sie behauptet, die Juden seien kein Volk, sie seien blos eine ethnische Rassengruppe, welche sich assimilieren müsse, und deswegen solle man gegen Juden als zukünftige Polen keinen Kampf führen. Die jüdisch-nationalen Elemente aber, ganz gleich, ob sozialistisch oder bürgerlich gestimmt, seien Polens Gegner, da sie den natürlichen Prozess der Assimilation stören und hemmen, und gegen sie wird ein erbitterter Kampf geführt. Die sozialistischen Massen sind nicht so doktrinär wie ihre Führer und folgen mehr ihren eingeborenen Neigungen. Sie sind antisemitisch, wollen das auch gar nicht verheimlichen und treiben, zusammen mit den bürgerlichen Parteimassen, eine verbissene Boykottpolitik. Der Arbeiter kennt und duldet nur „seinen" Juden, d. h. den jüdischen Führer oder den jüdischen Arbeiter, welcher zufällig zu seiner Partei gehört. Alle anderen Juden sind für ihn nicht nur Fremde, er betrachtet sie vielmehr als Feinde. Und diese Psychologie der Masse wirkt allmählich auch auf die Führer ein; ihre Beziehungen zu den Juden werden immer feindseliger; auch sie betrachten nur die wenigen Juden, welche zu der Partei gehören, nicht als Feinde; und auch das nur mit der schlecht verborgenen Hoffnung, dass andere nicht mehr kommen werden, und diejenigen, welche noch da sind, schon im Absterben begriffen sind. Ihre feindlichen Beziehungen zu den Juden, besonders zu den nationalfühlenden, hat die polnische sozialistische Partei schon einigemal zu erkennen gegeben, indem sie die Bitte der jüdischen Sejmabgeordneten ablehnte, die Interpellationsvorschläge betreffend die Pogrome in Kalisch oder in Lodz zu unterzeichnen. Einer der angesehensten sozialistischen Führer hat sich sogar geäussert: „Meint ihr, dass wir und die Juden auf einer und derselben Seite der Barikade stehen, wie zur Zeit der russischen Revolution im Jahre 1905? Wir können den Juden zu Liebe die Sympathien unserer Massen nicht verlieren und sie in das Lager der Nationalen Arbeitervereinigung treiben."

Noch vor 12—15 Jahren trieb dieselbe Partei eine ganz andere Politik. Sie hatte damals eine jüdische Sektion, gab ihre Literatur auch in der jüdischen Sprache heraus, unterhielt eine jüdische Zeitung und erkannte das Recht der Juden auf eigene Volksschulen mit jüdischer Unterrichtssprache an.

Das alles ist schon längst vorbei, und die Partei schämt sich, eine so kompromitierende Vergangenheit zu besitzen. Vor einigen Wochen wurde zu dem Pressetage der Partei ein der Geschichte der Literatur und Presse der Partei gewidmetes Sammelbuch herausgegeben. Der Artikel des ehemaligen Redakteurs des gewesenen jüdischen Parteiorgans über diese Zeitung wurde durch das Redaktionskomitee nicht angenommen, da er kompromitierend für die Partei gewirkt hätte.

Die polnische sozialistische Partei hat fast denselben Weg durchgemacht, wie die bürgerlichen Parteien in Polen. Es gab einmal eine Zeit, in der die fortschrittlichen Parteien nicht antisemitisch, eher sogar philosemitisch waren. Sie glaubten aber damals an die Assimilation der Juden. Sie betrachteten das Judentum als einen Stoff zum Düngen des polnischen Bodens. Das war in der Zeit, als die Polen noch dem Handel und der Industrie fern standen, und nur die Juden den polnischen Handel zum Aufblühen brachten. Als später die industriellen und kaufmännischen Beziehungen Polens mit Russland und dem Auslande angeknüpft und die internationale wirtschaftliche Stellung Polens gesichert war, fingen die Polen an, den Juden die errungenen Positionen abzunehmen. Dabei brach auch der Antisemitismus hervor; der Philosemitismus der fortschrittlichen Parteien verschwand, und an seine Stelle trat der Boykott, welcher nach den Wahlen zur dritten Duma zur herrschenden Losung wurde, nachdem der süsse Traum von der Assimilation verflogen war. Eine analoge Entwicklung machten auch die polnischen Sozialisten durch.

Die stärkste proletarische Partei nach den Sozialisten in Polen ist die Nationale Arbeitervereinigung. Sie steht weiter links als die christlich-soziale Partei in Österreich, hat aber kein ausgesprochen politisches Programm und bestrebt sich, es in allem den Sozialisten nachzumachen. Was ihre Beziehungen zu den Juden anbetrifft, so ist sie ausgesprochen antisemitisch, sie predigt den Boykott als heilige Pflicht eines jeden Polen. Sie arbeitete bis in die letzte Zeit hinein mit den nationalen Arbeitern Posens zusammen und unterstützte sie bei den Sejmwahlen; doch während der Agrardebatte im Sejm, im Juli dieses Jahres, stellte es sich heraus, dass die Posener Arbeiter sogar für die nationale Arbeitervereinigung noch zu reaktionär sind und so haben sie sich getrennt; die Posener Arbeiter haben zusammen mit einigen „Arbeitern" aus der national-demokratischen Partei eine neue National-christliche Arbeitervereinigung gebildet. In der jüdischen Frage ist die letzte ebenso antisemitisch wie die erste.

Unter den bürgerlichen Parteien ist die stärkste die nationaldemokratische Partei. Es ist dies eine stark reaktionäre, von Chauvinismus durchdrungene, vorwiegend ans kleinbürgerlichen Elementen bestehende lose Gruppierung, die den „sacro egoismo" und die Ausrottung fremder Elemente predigt, und, obwohl durch und durch deutschfeindlich, doch den eisernen Kanzler Bismarck als den grössten Meister und Lehrer der Politik betrachtet. Wie bereits erwähnt, ist sie eine lose Gruppierung, welche aber doch bei allen Wahlen einen sehr grossen Einfluss ausübt, weil sie die niedrigen Instinkte des Kleinbürgertums ausnützt, keine Ideale aufstellt und nichts von ihren Anhängern fordert. National-Demokratie ist mehr eine Stimmung als eine Partei, und daraus ergibt sich, dass andere Parteien siegen und am Ruder der Verwaltung stehen können, und dass doch die ganze Masse des mittleren und unteren Beamtentums National-demokratisch gesinnt ist, und so dem politischen System bei der praktischen Ausübung der Verwaltung eine national-demokratische Färbung gibt. Rechts von den nationaldemokraten standen früher die Konservativen, die sogenannten Realpolitiker (in Galizien „stańczycy" genannt), welche sich aus den Kreisen der aristo-

kratischen Agrarier und reichen Industriellen rekrutierten. Obwohl theoretisch reaktionärer als die National-Demokraten, waren sie infolge ihren höheren sozialen Stellung tatsächlich viel fortschrittlicher, auch in der jüdischen Frage waren sie liberaler als die National-Demokraten, doch auch unter der Bedingung der künftigen Assimilation des Judentums. Bei den Sejmwahlen gingen beide Parteien zusammen, da die Konservativen sich allein zu schwach fühlten; zu diesen kamen dann noch einige bäuerlich-nationalistische Gruppierungen und der so gebildete Block hiess Nationale Volksvereinigung. Doch während der Agrardebatte fing der Block an, sich wieder zu zersplittern, weil die National-Demokraten aus demagogischen Gründen mit den Bauern liebäugelten, was sie in Gegensatz zu den Konservativen bringen musste. Für die bäuerlich-nationalistischen Gruppierungen aber war der agrare Radikalismus der National-Demokraten noch zu farblos. In der jüdischen Frage haben die Konservativen vollkommen den Nationaldemokraten nachgegeben, zumal die Juden im Sejm Forderungen aufgestellt haben, welche ihre assimilatorischen Träumereien gründlich zerstörten. Der ganze Block führt eine recht judenfresserische Politik, agitiert für den Boykott, für rechtliche Begrenzungen, hetzt überall gegen die Juden und ist nicht ohne Schuld an allen Progromen und Ausschreitungen gegen sie. Zwischen dem rechten Flügel der Nationalen Volksvereinigung und dem linken Flügel der polnischen sozialistischen Partei und der nationalen Arbeitervereinigung (zu dem linken Flügel gehört auch die kleine Bauerngruppe von Stapinski, welche in der Judenfrage keine bestimmte Politik, jedenfalls aber keine philosemitische treibt) befindet sich das Zentrum, welches sich durch den Zusammenschluss von 3 Bauerngruppen, der von Witos, von Thugutt und von Pfarrer Blisinski gebildet hat. Von diesen 3 Gruppen ist die erste nur in der Agrarfrage radikal, sonst ist sie vollkommen reaktionär; die zweite gehörte früher in den linken Flügel des Sejm und stand den Sozialisten nah, hat aber schon sehr viel aus ihrer sozialistischen Bagage bei dem Zusammenschmelzen mit den anderen 2 Gruppen verloren. Die dritte, die auch in der Agrarfrage eine sehr gemässigte Stellung einnahm, ist eigentlich eine national-demokratische Gruppierung. In ihrer Stellungnahme zur Judenfrage ist die Witos-Gruppe die schlimmste, da sie durch ihre hetzerische Agitation Pogrome in Galizien und Südpolen herbeigeführt hat. Die Gruppe des Pfarers Blisinski ging immer mit der Nationaldemokratie zusammen; Thugutt's Gruppe stand auch in der Judenfrage den Sozialisten nahe, doch hüllte sie ihre Abneigung gegen die jüdisch-nationale Bewegung in keinen theoretischen Mantel, wie das bei den Sozialisten der Fall war.

Ausser diesen, bisher angeführten Parteien gibt es noch die Kommunisten, welche im Sejm nicht vertreten sind. Die Kommunisten sind prinzipielle Gegner des Antisemitismus, doch sind sie im praktischen Leben gegen das Judentum, da der soziale Stand der Juden, das Kleinbürgertum, diese in das Lager ihrer Gegner drängt; hätten die Kommunisten die Oberhand bekommen, so hätten sie jede jüdisch-nationale Bewegung unterdrückt, so wie es in Russland geschehen ist.

Das sind in allgemeinen kurzen Strichen die polnischen Hauptparteien und ihre Haltung in der Judenfrage. Der allgemeine Grundton aller dieser Gruppierungen ist Judenhass, Boykott und Unduldsamkeit, nationaler Egoismus und die Unfähigkeit, die Rechte eines zersplitterten und bodenlosen Volkes verstehen zu wollen. Es ist leicht zu begreifen, dass, wenn man mit diesen Parteien im Landtage zusammensitzt, jede Arbeit für das jüdische Wohl und für eine abstrakte Gerechtigkeit fast ausgeschlossen erscheint. Die jüdischen Abgeordneten werden entweder ignoriert, oder ausgelacht, oder überschrieen, — und man muss wirklich einen grossen Mut, eine heilige Geduld und Kaltblütigkeit haben, um das alles zu überwinden und seine Arbeit zu tun. Die jüdischen Abgeordneten haben sich mit dieser Kaltblütigkeit bewaffnet und sie führen ihre Arbeit ohne Rücksicht auf alle Störungen weiter. Die Aussichten für eine grössere Fruchtbarkeit dieser Arbeit sind nicht allzugross; doch lässt es sich nicht leugnen, dass manches schon geleistet worden ist; erreicht ist vor allem, dass die jüdischen Abgeordneten nicht mehr so wie früher ignoriert werden, ja es haben sich sogar Verständigungspunkte mit den übrigen Parteien gefunden. Das war eine Sisyphusarbeit, aber sie wird nicht ohne weitere Folgen bleiben. Man muss nur Geduld haben und nicht verlangen, dass die Saat sofort eine Ernte geben soll.

Rechtsanwalt Dr. A. Hartglas
Abgeordneter des polnischen Landtages.



Die Behandlung der Volksfremden bei den Juden.

Wenn es einen Gradmesser für die Kulturstufe eines Volkes gibt, so ist er in der Behandlung der Fremden zu suchen. In diesem Punkte zeigt es sich, ob ein Volk nur sich selbst, seinen nationalen Vorteil und seine eigene Wohlfahrt kennt oder eine höhere Stufe nationaler Erkenntnis erlangt hat, ob es egoistisch und engherzig oder wahrhaft human und liberal ist.

Man wird an die Frage der Behandlung der Volksfremden bei den Juden vielleicht mit Vorurteilen herangehen. Toleranz — so meint man allgemein — kann nicht wohl die starke Seite eines Volkes sein, dessen konstitutives Merkmal ja eine unbedingte Reinerhaltung seiner religiös-nationalen Volksidee und Volksgemeinschaft erfordert. Es muss den Uneingeweihten daher doppelt Wunder nehmen, wenn das jüdische Volk, das niemals politische Macht besass, sondern stets zu den „geringsten aller Völker" zählte, — denn es gehört nicht viel dazu, tolerant zu sein, wenn man mächtig ist —, wenn ein solches Volk in seiner religiösen Staatsverfassung ein Fremdenrecht besitzt, vor dem alle „Gleichberechtigung" des zwanzigsten Jahrhunderts weit zurücksteht.

Es sei zunächst vorausgeschickt, dass das Judentum seit den ältesten Zeiten den Begriff der Assimilation kennt und berücksichtigt. Es zeugt von einem tiefen Verständnis und weitester Rücksichtnahme auf die individuelle Freiheit des Fremden von seiten der Juden, dass sie nicht nur jeden religiösen und nationalen Zwang entschieden verwerfen — „man darf niemanden gegen seinen Willen ins Judentum aufnehmen"[1]) — sondern das Judentum lehnt bekanntlich auch jede Mission ab. Es weist den Fremden, der sich nationalisieren will, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das nationale Unglück der Juden zurück. Ein Zwang zur Assimilation, wie er heute den

Juden gegenüber fast überall angewandt wird, war dem jüdischen Volke völlig fremd. Ja, es wird im alten Israel das Unsittliche der Anpassung, der Assimilation, wenn dieselbe nicht aus reinen Motiven entspringt, empfunden, und bedeutungsvoll erzählt der Talmud, dass man während der Regierung der Könige David und Salomo — der Blütezeit des jüdischen Staates — Proselyten in die jüdische Volksgemeinschaft nicht aufnahm. Ebenso — heisst es dort — wird man in der messianischen Zeit keine Proselyten mehr aufnehmen. [2])

Die Volksfremden, die sich innerhalb des jüdischen Staates niedergelassen hatten, ohne sich dem jüdischen Volke assimilieren zu wollen, genossen vor dem Gesetze völlige Gleichheit: „Ein Gesetz und ein Recht soll euch sein und dem Fremden, der bei euch wohnt.“ [3]) Charakteristisch ist die ethische Begründung des Fremdenrechtes in der Thora: „Du sollst den Fremden lieben wie dich selbst, denn Fremde waret ihr im Lande Aegypten.“ [4]) „Den Fremden bedrücket nicht, denn ihr wisset, wie dem Fremden zu Mute ist, da ihr Fremdlinge waret im Lande Mizrajim.“ [5]) „Denn der Ewige, euer Gott, der Gott aller Götter, der Herr aller Herren, der keinen Unterschied der Person kennt, er liebt den Fremden, gibt ihm Brot und Kleid; so liebet auch ihr den Fremden!“ [6]) Der Talmud bemerkt dazu: „Wer des Fremden Recht beugt, beugt Gottes Recht,“ [7]) und weist darauf hin, wie gross die Bedeutung des Fremdenrechtes sein muss, wenn die Thora es für nötig fand, dasselbe an 36 Stellen zu betonen. [8])

Selbstverständlich hatte der Fremde, der nicht die Absicht hatte, sich zu assimilieren, auch gewisse Pflichten gegenüber dem Wirtsvolke. Im Talmud ist die Frage nach diesen Pflichten strittig. Ein Gesetzeslehrer meint, der auf jüdischem Boden ansässige Volksfremde müsse sich verpflichten, keinen Götzendienst zu treiben. Andere Gelehrte geben an, er müsse sich zur Beobachtung der „noachidischen Gebote“ verpflichten, durch die er sich u. a. jeder Gotteslästerung, des Mordes, der Blutschande, des Raubes und des Blutgenusses enthalten musste. [9]) Sonst aber war er in keiner Weise an das Thoragesetz gebunden, durfte am Sabbath seiner Arbeit nachgehen und verbotene Speisen geniessen und wurde nicht zur Beschneidung gezwungen.

Dafür genoss der Fremde in Israel alle Menschenrechte. Als oberstes Gesetz des Volkes gegen die Fremden heisst es: „Der Fremdling soll mit dir leben“. [10]) Das Gesetz schützt ihn vor Todschlag, körperlicher Verletzung, Eigentumsberaubung, Übervorteilung und jeder Unterdrückung. Die Wohlfahrt der Freistädte als Asyl vor dem Bluträcher wird auch ihm zuteil. [11]) Wenn es andererseits gestattet wird, vom Fremdling Zinsen zu nehmen, so ist es falsch anzunehmen, dass er damit der Ausbeutung durch die Volksangehörigen preisgegeben ist. Das würde dem ganzen Geist der Fremdengesetzgebung der Bibel widersprechen. Tatsächlich gestattet die Tradition das Zinsennehmen vom Fremden nur insoweit, als der Verleiher dieselben zu seinem notwendigsten Lebensunterhalt braucht. [12]) Fremdenboykott ist untersagt, und es wird geboten, den Fremdling „inmitten des Landes, wo sein Berufszweig am meisten blüht“, wohnen zu lassen. [12a]) Es ist ein Beweis für das tiefe Gerechtigkeitsgefühl Israels gegen die Fremden, dass ein Verbrechen des Königs Saul an den volksfremden Gibeoniten von David aufs härteste, sogar unter Verletzung des Thoragesetzes, bestraft wurde. „Lieber soll ein Thoragebot entwurzelt werden, wenn nur die „Heiligkeit des göttlichen Namens“ in der Öffentlichkeit gewahrt bleibt“. [13]) Das wichtigste aber ist, dass es den Fremden ohne weiteres zusteht, ihr Recht in öffentlicher Gerichtsverhandlung selbst geltend zu machen. [14]) Das Entgegenkommen den Fremden gegenüber ist so gross, dass man — nach der Ansicht einiger Rechtslehrer [15]) — den Nichtjuden, der vor ein jüdisches Gericht kommt, nach seinem nationalen oder staatlichen Rechte behandelt!

In sozialer Beziehung gewährt das Gesetz dem Fremdling alle Vergünstigungen, die dem armen Volksgenossen eingeräumt waren. Die biblisch-talmudischen Bestimmungen darüber lauten: „Man ernähre die Armen der Heiden mit den jüdischen Armen; man besuche die Kranken der Heiden gleich den jüdischen; man begrabe ihre Toten mit den Toten Israels.“ [16]) Sie sind berechtigt, die nach der Thora den jüdischen Armen zustehende Nachlese im Weinberg und Felde mitzuhalten, [17]) ihnen steht der Ertrag im Jubeljahre mit zur Verfügung [18]) und sie haben Anteil am „Armenzehnten“, der alle drei Jahre zur Verteilung kam. [19])

Beachtenswert ist endlich die gesellschaftliche Gleichstellung, die dem Fremden durch die jüdische Ethik gewährleistet wird. Das Gebot: „Vor einem grauen Haupte sollst du dich erheben“ bezieht die Halacha auch auf den nichtjüdischen Greis. [20]) Die Mischna verpflichtet, den Nichtjuden zu grüssen, [21]) und von R. Jochanam wird erzählt, dass er Nichtjuden auf der Strasse mit seinem Grusse zuvorkam. [22]) Nachdrucksvoll gebietet Maimonides: „Man verkehre mit einem Fremden nach Landessitte (höflich) und in Liebeswerken wie mit einem Juden“, [23]) und ein anderer Lehrer setzt hinzu: „Es ist uns geboten, für das Leben des Fremden zu sorgen, ihm in Lebensgefahr mit allen Kräften beizustehen, ihn zu retten und zu heilen“. [24])

Aber selbst in religiöser Beziehung tut das Gesetz dem Fremdling die Tore der Volksgemeinschaft weit auf: Er konnte im Tempel seine Opfer darbringen, und die Sühne der Gemeindeopfer erstreckte sich auch auf seine Vergehen. [25]) Man nahm von ihm Hebe und Zehnten sowie alle Spenden und Gaben für das Heiligtum an. [26]) Er sollte zu den Festmahlzeiten zugezogen werden und nahm Anteil an der Festesfreude Israels. [27])

Es ist daher begreiflich, dass der jüdische Staat durch solche Gesetze viele Fremde anzog, die dann in Palästina häufig zu Reichtum und Ansehen gelangten. Sie nahmen Dienste im Heere, in der Verwaltung und in anderen Aemtern, erscheinen unter der königlichen Dienerschaft und erlangten überhaupt oft einflussreiche Stellungen. [28]) Es ist ein glänzender Beweis für die gute Behandlung der Fremden durch die Juden, wenn wir erfahren, dass zu Salomo's Zeiten nicht weniger als 153000 Fremde in Palästina lebten. [29])

Unter dem Einflusse einer durch Beseitigung des jüdischen Gesetzes "geläuterten" Weltanschauung ist auch das jüdische Fremdenrecht verschwunden. Unsere Vorfahren unterlagen einem Rechtszustand, der bei weitem nicht an die jüdische Fremdengesetzgebung heranreichte. Wir fordern nunmehr die Rechte, die man uns geschmälert, ganz zurück. Wir fordern sie in diesem Lande von einem Volke, dem es — man sollte meinen — nicht gar zu schwer fallen sollte, den Urgrund alles Fremdenrechtes zu begreifen.

„Ihr kennt ja das Gemüt des Fremden, denn auch ihr waret Fremde . . .“

Alfred Freimann.

Bemerkungen: 1) Schulchan Aruch II, 268. 2) Jebamoth 24 b. 3) Levit. 24,22 Num. 15, 16. 4) Levit. 19, 34. 5) Exod. 23. 9. 6) Deut 10, 17. 7) Chagiga 5 a. 8) Baba mezia 59 b. 9) Aboda sara 64 b. 10) Levit. 25. 35. 11) Num 35. 15. 12) Schulchan Aruch II, 159. 12a) Traktak Gerim 3, 4. 13) Jebamoth 79a zu 2. Sam. 21' 14) Deut. 1. 16. 15) Pachad Jizchak II, 8 a. 16) Gittin 61a 17) Levit. 19, 10; Deut. 24, 19. 18) Levit. 25, 6. 19) Deut 26, 11. 20) Maimonides, Talmud Thora 6, 9 21) Schewiith IV, 3. 22) Berachoth 17 a. 23) Melachim 10, 12. 24) Sefer ha-Mizwoth 16. 25) Levit. 17, 8; Num. 15. 14, 26. 26) Mischna Terumoth 3, 9; Schekalim 1, . 27) Deut. 16, 11. 28) 1. Sam. 21, 8; 2. Sam. 11, 6; 1. Chron. 28, 30. 29) 2. Chron. 2, 16.

Das Programm der Kleinbürger.

(Vortrag des Herrn Siegfried Brandt in der ersten Mitgliederversammlung der Gruppe der Kleinbürger)

(Dieser Vortrag ist bereits am 22. 5. 1919. gehalten worden. Wir waren bisher nicht in der Lage, ihn abzudrucken, bringen ihn aber jetzt, da er an Aktuellität nichts eingebüsst hat. Die Redaktion.

Die Umwälzungen im Leben der Völker, die wir im letzten Herbst miterlebt haben, haben es mit dem Sturze der alten Obrigkeits-Regierung dahin gebracht, dass die wirtschaftlich schwachen Klassen, die in jedem Volke die Mehrheit bilden, die aber bisher regiert wurden, nun selbst die Leitung ihrer Geschicke in die Hand genommen haben. Sie wollen sich nicht mehr von einer an Zahl kleinen, aber an Kapital starken Gruppe regieren lassen, sondern wollen über ihr Wohl und Wehe selbst mitentscheiden.

In unserer jüdischen Gemeinde haben wir von der neuen Zeit bisher nichts gespürt und doch wäre es schon längst nötig gewesen, die Aufgaben der Gemeinde der neuen Zeit anzupassen. Die wirtschaftliche Existenz wird immer schwieriger und komplizierter, ganz besonders das Kleinbürgertum hat es immer schwerer, sich zu ernähren. Es müssen Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um dem jüdischen Kleinbürgertum erstens die Stellen in der Gemeinde zu verschaffen, auf die es Anspruch hat, ferner müssen kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen geschaffen werden, wodurch dem Kleinbürgertum hier in der jüdischen Gemeinde das Leben lebenswert gemacht wird. Die jüdische Zentrale, nicht nur der Stadt Posen, sondern der Provinz, sollte die jüdische Gemeinde Posens sein. Sie sollte die Vertretung der Judenschaft gegenüber den Behörden führen, sie sollte befruchtend auf das Gemeindeleben wirken. Die Gemeinde sollte die Stelle sein, wo man Rat und Hilfe in den Nöten des Lebens finden sollte. Aber wir haben leider gesehen, dass die Gemeinde da vollkommen versagt hat.

Sie hat sich weder in der November-Revolution, noch in den Dezember-Unruhen bemerkbar gemacht. Es sind weitausschauende Männer gewesen, welche am 10. November sich der spezifisch jüdischen Interessen angenommen und zu den Ereignissen Stellung genommen haben. Diese Männer haben den Jüdischen Volksrat gegründet. Wie richtig dies war, haben wir in dem vergangenen halben Jahr selbst gefühlt. Der Volksrat ist, solange wir die Volksgemeinde nicht haben, die Vertretung der Judenheit, die Stelle, wo positive Arbeit für uns geleistet wird. Die Gemeinde hat nichts getan, sie hat noch weniger als nichts getan, sie hat, wo sie konnte, gehemmt und sie hat erklären lassen, dass der Jüdische Volksrat nicht als die Repräsentation der Posener Judenheit anerkannt werden dürfe. Aber die neuen Behörden haben von Anfang an den Volksrat als die Vertretung der Juden anerkannt. Und die letzten Stadtverordnetenwahlen haben zahlenmässig gezeigt, dass die Mehrheit der Posener Juden hinter dem Volksrat steht. Wie stellt sich nun die Zusammensetzung dieser eigenartigen Gemeindevertretung dar? Es ist die kleine Gruppe Jichus, es sind die Satten, die regieren; jeder frische Luftzug wird geflissentlich ferngehalten. Die Aufgaben, die diese Herren erfüllen, sind rein verwaltungstechnischer Art. Es werden die Synagogen, die Religionsschulen, Mikwen, Schchichte, Friedhof, Krankenhaus und die Stiftungen gewissenhaft verwaltet. Wir aber wollen die Kraft der Gemeinde für die jüdisch-kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten nutzbar machen und ganz besonders für die Stände in der Judenheit, die diese Hilfe am nötigsten gebrauchen, für die wirtschaftlich Schwachen und für die Kleinbürger. Wir wollen, um nur eins hervorzuheben, dass eine jüdische Schule geschaffen wird, die so ausgestattet sein muss, dass das Kind des ärmsten Juden, wenn es die erforderliche Begabung hat, die Bildung bekommt, die ihm die höchsten Bildungsstätten zugänglich macht. Der Unterricht muss unentgeltlich sein. Dem Tüchtigen freie Bahn auf allen Gebieten ist nicht nur eine Redensart bei uns; nein, wir wollen die Voraussetzungen für diesen Grundsatz wirklich schaffen. Nicht mehr Rachmonis für die armen Schichten, sondern Rechte für sie wollen wir schaffen. Dazu ist es nötig, dass sich das Kleinbürgertum innerhalb der Gemeinde organisiert, dass es durch seine Organisation die Methoden aufzeigt, die notwendig sind, um das zu schaffen, was wir wollen. Wir wollen zu diesem Zwecke vor allem in die Gemeindevertretungen hineinkommen, wir wollen unsere Vertreter in der Repräsentanz, im Vorstand, in allen Kommissionen haben. Wir wollen neue Institutionen geschaffen sehen, die wir für unsere kulturelle und wirtschaftliche Existenz nötig haben. Wir wollen, dass alle Klassen gemäss ihrer Stärke an der Gemeindearbeit teilnehmen, dass nicht nur eine einzelne Gruppe herrscht. Wir wollen, dass die Kleinbürger nicht mehr regiert werden, sondern mitregieren. So haben wir unsere Gruppe der Kleinbürger gebildet und und wir haben ein Programm ausgearbeitet über alles, was wir erstreben, was wir wollen. Ich habe die Ehre, Ihnen dieses Programm vorzutragen es enthält in knappen Zügen dasjenige, wovon wir glauben, dass es getan werden muss. Diese Versammlung wird entscheiden ob die vorzutragenden Richtlinien nun unser statutenmässiges Programm werden sollen.*)

Der erste Satz unserer Satzung soll zeigen, welche Berufe wir zu den Kleinbürgern rechnen. Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbetreibende, Kleinkaufleute, Angestellte, einzelne Beamtengruppen etc. Ich denke auch an Kleinlandwirte, ferner auch an diejenigen, die zwar zum eigentlichen Kleinbürgertum nicht gehören, aber sich mit demselben eins fühlen. Der zweite Satz sagt uns im grossen Ganzen, was wir im Prinzip wollen. Es soll das Kleinbürgertum an den Gemeindeangelegenheiten mit allen anderen Klassen als gleichberechtigter Faktor teilnehmen. Bisher hat nur eine Klasse die Gemeinde geleitet. Wir wollen nicht etwa allein das Regiment haben, wir haben auch nichts gegen die einzelnen Männer, die zwar nicht in unserem Sinne die Gemeinde führen. Wir sind überzeugt, dass ihre Absichten lauter sind, dass sie nach ihrem besten Wissen und mit bestem Willen ihre Pflicht erfüllen, aber wir sind gegen ihr veraltetes System, wir sind gegen die Fortwurstelei, für den Fortschritt. Nunmehr kommen die einzelnen Forderungen, die wir aufstellen, vor allem das Wahlrecht.

Es ist das demokratische Wahlrecht, das wir wünschen. Jeder Jude, gleich welchen Geschlechts, der 20 Jahre alt ist, kann wählen und stimmen und ist wählbar. Die Wahl ist geheim und direkt. Wir fordern das Verhältniswahlsystem, damit jede Partei und Gruppe gemäss ihrer Stimmenzahl ihre Vertreter in die Repräsentantenversammlung entsenden kann. Diejenigen von uns, die sich mit den Gemeindeangelegenheiten auch schon früher beschäftigt haben, haben schon seit

*) Abgedruckt auf Seite 106 dieser Nummer.

Jahren das Verhältniswahlrecht gefordert, aber ohne Erfolg. Jetzt, nachdem dieses Wahlrecht im Staate und in der Stadtgemeinde Gesetz geworden ist, sind unsere Repräsentanten endlich auch bereit, es uns zu gewähren, nachdem sie es früher wiederholt verworfen haben. Es ist aber noch etwas anderes, was wir in dem knappen klaren Satz über das Wahlrecht festzulegen wünschen. Es soll jeder wählen können und wählbar sein, der Jude ist und im Gemeindebezirk wohnt, ohne Unterschied ob und wieviel Steuern er zahlt und ob die Steuern auch bezahlt sind. Bis jetzt ist es so, dass nur der wählen kann, der Steuern bezahlt und damit nicht im Rückstand war. War jemand mit der Bezahlung im Rückstande, wie z. B. die meisten Kriegsteilnehmer, so konnte er nicht wählen, zahlte er gar keine Steuern, weil er eben ein zu kleines Einkommen hatte, so durfte er überhaupt nicht wählen. Der Vollmensch begann eben erst bei einer bestimmten Vermögenslage. Wir wollen, dass jeder, der Jude ist und seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat, wählen, stimmen und gewählt werden kann.

Jetzt kommt der Abschnitt unseres Programms, der sich mit den wirtschaftlichen Fragen befasst. Sein Inhalt geht dahin: Wir wollen dem Gewerbetreibenden, dem Kaufmann, dem Handwerker in seinem Kampf um seine Existenz helfen durch eine kulante, grosszügige Creditgewährung, dazu ist seitens des Jüdischen Volksrats bereits eine Genossenschaftsbank gegründet worden. Jeder sollte dort Mitglied mit wenigstens einem Anteil werden. Dieses Anteil wird durch kleine Abzahlungen erworben. Man wird dadurch Mitglied, kann die Bank für sich in Anspruch nehmen und die Leitung der Bank, die von den Mitgliedern gewählt wird, wird auch den Wünschen der Kleinbürger gemäss ihre Aufgaben und Arbeiten zu erledigen haben. Auch werden, falls sich das Bedürfnis dafür geltend machen sollte, Genossenschaften für den Einkauf und vielleicht für den Verkauf von Waren zu schaffen sein. Hierüber finden seitens des Volksrats bereits Beratungen statt und zu diesen Beratungen wird auch unsere Gruppe ihre Vertreter zu entsenden haben. Die Wohnungsnot macht sich, namentlich für die Minderbemittelten in unserer Stadt fühlbar. Seitens des Magistrats werden Mittel ausgeworfen und Massnahmen getroffen, damit diesem Uebelstande abgeholfen wird, da wollen auch wir Juden unseren Anteil haben, damit auch unsere Kreise ausreichende Wohngelegenheit zu erschwinglichen Mietspreisen bekommen. Vielleicht bildet sich ein jüdischer gemeinnütziger Wohnungsbau-Verein, der von der Gemeinde finanziell gefördert wird. Bisher war dies so, dass sich die Juden, selbstverständlich die reichen, sehr hervorragend an diesem gemeinnützigen Baugenossenschaften beteiligt haben, indem sie Geld, ihre Arbeitskraft und Intelligenz dafür hergegeben haben, aber ob ein Jude dadurch eine billige Wohnung bekommen hat, möchte ich bezweifeln.

Alsdann halten wir eine gewisse Berufsumschichtung für nötig. Bei uns drängen sich unsere Stammesbrüder in gewissen Berufen zusammen. Dies hat seine historische Begründung. Wir wollen aber alle Berufe für uns in Anspruch nehmen und da muss vor allem eine Berufsberatung geschaffen werden, wodurch die aus der Schule Entlassenen denjenigen Berufen zugeführt werden können, für die sie sich eignen. Es müssen Stellen gesucht werden, wo sie dann untergebracht werden, wie überhaupt dem Arbeitsnachweis eine viel grössere Aufmerksamkeit zugewendet werden muss. Wir fordern ganz energisch, dass in der Gemeinde alle offenen Stellen, auch in jüdischen Institutionen, in erster Linie mit Juden besetzt werden. Diese Stellen sind auszuschreiben, damit jeder Kenntnis von ihnen erhält, ebenso sind alle Arbeiten, soweit nur irgend möglich, in erster Linie durch jüdische Handwerker und Unternehmer auszuführen. Wir werden allerschnellstens eine Liste aller jüdischen Handwerker, geordnet nach ihrem Handwerk, herausgeben müssen und diese an jedes Gemeindemitglied zu schicken haben, ein Abwehrmittel gegen den uns drohenden Boykott. Ich empfehle auch den Handwerkern, damit sie bekannter werden, in dem Nachrichtenblatt des Jüdischen Volksrats zu annoncieren.

Die jüdischen Beamten müssen seitens der Gemeinde ausreichend und zeitgemäss besoldet werden, sie müssen ein solches Einkommen haben, dass sie ein sogenanntes Nebeneinkommen nicht mehr nötig haben. Die Beamten müssen in ihrer politischen Meinung vollkommen frei und unabhängig von ihren Vorgesetzten sein.

Bei unseren kulturellen Bestrebungen steht die Schule im Vordergrund. Ich habe diesen Punkt ja bereits in meiner Einleitung bereits gestreift. Wir verlangen die Einheitsschule, die es dem ärmsten Juden möglich macht, sich die allerbeste Bildung, wenn er die Begabung dazu hat, anzueignen. Kein Schulgeld, Bücher, sowie alle Schulmittel müssen frei sein. Schaffung der Möglichkeit, dass unbemittelte junge Leute die Hochschulen und Universitäten besuchen können, durch Stipendien. Fachschulunterricht und Fortbildungsunterricht, Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Dazu sind Volksheime, Bibliotheken, Lesehallen nötig. Da sind volkstümliche und weiterbildende Vorträge und Kurse abzuhalten. Eine Volksküche muss bestehen, in der man für billiges Geld sich satt essen kann. Unterstützt werden müssen die Bestrebungen, die unsere Jugend körperlich und geistig vorwärtsbringen wollen, wie Turnvereine, Bildungsvereine. Der Zusammenschluss aller wohltätigen Vereine, die in Wohlfahrtsvereine umzuwandeln sind, ist zu veranlassen. Zeitgemässe Umgestaltung der Ausgabe der Spenden an die Armen. In den Synagogen sind ebenfalls Aenderungen nötig. Auch der Minderbemittelte soll zur Thora aufgerufen werden. Es geschieht ja hin und wieder auch jetzt, aber doch nur selten. Spenden sollen nicht mehr beim Aufruf zur Thora bekannt gegeben werden. Auch hier muss der alte Zopf, dass das Geld eine besondere Kraft oder Bedeutung hat, abgeschnitten werden. Ich weiss, die Vereine brauchen die Spenden, und die Spender werden oft zu Spenden dadurch veranlasst, dass die Spende vor versammelter Gemeinde ausgerufen wird. Aber dieser Eitelkeit kann auf anderer Art genüge getan werden, indem nämlich die Spenden in einem zu schaffenden Gemeindeblatt veröffentlicht werden. Da bekommt jedes Mitglied alle 14 Tage oder jeden Monat einmal Kenntnis davon, wie wohltätig dieser und jener gewesen ist. Andererseits wird dadurch auch der kleine Mann vor die Thora mit dem Gefühl der Gleichwertigkeit treten können. Wir wollen eben den nicht so bemittelten Schichten den gleichen Platz überall in der Gemeinde schaffen, der ihnen heute zum Teil noch vorenthalten wird.

Die Gruppe der Kleinbürger fordert zusammenfassend, dass in allen jüdischen Institutionen jüdischer Geist bewusst gepflegt wird.

Dies ist unser Programm. Mit Ihrer Hilfe und Zustimmung soll dieses Programm in die Tat umgesetzt werden. Dazu ist, wie bereits bemerkt notwendig, dass alle, die zum

Kleinbürgertum unserer Gemeinde gehören, sich unserer Gruppe anschliessen. Jeder muss in seinem Kreise werben, damit alle, die zu uns gehören, auch wirklich zu uns kommen. Nur dann ist es möglich, Ihnen den Platz in der Gemeinde zu schaffen, der Ihnen gebührt. Aber die Zugehörigkeit allein genügt noch nicht. Sie werden ihre Vertreter in die verschiedenen Körperschaften, Kommissionen entsenden, Sie werden sich heute Ihre Führer wählen, die Ihre Forderungen vertreten und für die Verwirklichung Ihrer Ziele arbeiten und kämpfen werden. Sie können dies nur, wenn sie wissen, dass alle fest und treu hinter ihnen stehen. Sie müssen den Parolen, die Sie ausgeben, unbedingt folgen. Es wird dies besonders bei Wahlen und Kundgebungen zu geschehen haben. Ich brauche es nicht erst hervorzuheben, dass wir auf dem Boden wahrer Demokratie stehen. Freiheit der Persönlichkeit, des Handelns, des Denkens; aber weil Sie sich aus freiem Antrieb zusammengeschlossen haben, weil Sie frei über ihre Bestrebungen beschliessen, müssen Sie, wenn Sie aus freien Stücken etwas beschlossen haben, nun mit Ihrer Person dafür einstehen, dass das auch durchgesetzt wird, dass Ihre von Ihnen gewählten Führer auch arbeiten können nach Ihren Beschlüssen, und dazu gehört das, was man Partei-Disziplin nennt. So hoffe ich, dass auch Sie treu zu unserer Gruppe stehen. Die Arbeit soll Ihnen ja allen zu Gute kommen. In Kürze werden wir die Repräsentanten-Wahlen haben. Der jetzige Vorstand und Repräsentanz versucht, sie so lange als möglich herauszuschieben. Aber der Tag kommt. Bei den Wahlen wird es sich zeigen, was wir leisten können, da hoffen wir auf Ihrer aller tätigste Mitarbeit, um den alten Bann zu brechen.

So stelle ich das Programm welches der dazu gewählte Ausschuss ausgearbeitet hat, zur Diskussion und hoffe, dass das, was wir heute beschliessen, nicht nur zum Glück für unsere Kleinbürger ausfallen, sondern ein Segen für unsere gesamte Judenheit werden möge.

Nunmehr lassen wir das im Vorstehenden erwähnte Programm der Gruppe der Kleinbürger folgen.

Die Gruppe der Kleinbürger im Jüdischen Volksrat zu Posen umfasst Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende, Kleinkaufleute, Angestellte, Beamte und Angehörige ähnlicher Berufe, sowie solche Personen, die sich mit dem Kleinbürgertum solidarisch fühlen.

Die Gruppe der Kleinbürger fordert die Beteiligung aller jüdischen Kreise ohne Unterschied der sozialen und wirtschaftlichen Stellung an allen Angelegenheiten der jüdischen Gemeinde.

Die Gruppe der Kleinbürger fordert für alle im Gemeindebezirk Posen wohnhaften und über 20 Jahre alten jüdischen Männer und Frauen das aktive und passive Wahl- und Stimmrecht bei allen Wahlen und Abstimmungen innerhalb der jüdischen Gemeinde auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahlsystems.

Die Gruppe der Kleinbürger erstrebt die wirtschaftliche Stärkung und Förderung des Kleinbürgertums durch geeignete Genossenschaften und Kreditinstitute, Beseitigung der Wohnungsnot, Unterstützung der notwendigen Berufsumschichtung, Arbeitsnachweis, Berücksichtigung jüdischer Bewerber bei Besetzung von Stellen und Vergebung von Aufträgen, ausreichende Besoldung und Unabhängigmachung der Beamten, umfassende Massnahmen im Interesse von auswärts zuziehender Juden.

Die Gruppe der Kleinbürger erstrebt die Schaffung der jüdischen Einheitsschule, welche den Aufstieg aller Begabten zu allen Lehranstalten unabhängig von ihren Mitteln ermöglicht, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, die Schaffung von Stipendien, die Errichtung von Säuglingsheimen und Kindergärten, geeigneten Fortbildungsunterricht, Institutionen zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend, die Errichtung von Bibliotheken, Volksheimen und Volksküchen, die Zentralisierung der bestehenden und noch entstehenden Wohlfahrtseinrichtungen, alle sonstigen Massnahmen für die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend.

Die Gruppe der Kleinbürger fordert, dass in allen jüdischen Institutionen jüdischer Geist bewusst gepflegt und gefördert wird.

Die Gruppe der Kleinbürger verlangt vom Jüdischen Volksrat zu Posen die kräftigste Unterstützung aller Forderungen dieses Programms und Beteiligung an allen Ausschüssen und Kommissionen des Jüdischen Volksrats durch von ihr benannte Vertreter.



„Poznajmy ich".

(„Wir müssen sie kennen lernen.")

Unter dieser Ueberschrift bringt eine polnische Zeitung einen Artikel, dessen erster Absatz lautet: „Wir wissen doch, welche Bedeutung der Talmud für die Juden hat. Wenn wir die ethischen Anschauungen der Juden kennen lernen wollen, müssen wir auch wissen, was im Talmud steht." Dann kommt eine Reihe von Zitaten aus dem Talmud, Schulchan-Aruch und den Responsen, die angeblich Unmoralisches über das Verhalten der Juden gegen Christen („Gojim") enthalten.

Dieser sich wissenschaftlich gebärdende Artikel, der kühl und objektiv scheinen soll, wimmelt, abgesehen von unvollkommener und falscher Stellenangabe, von Unrichtigkeiten, Missverständnissen und selbst Fälschungen. Man täte aber dem Artikelschreiber wohl unrecht, wollte man sie ihm aufs Konto setzen. Er ist sicher selbst ein Opfer der Leichtfertigkeit geworden, mit der er nicht aus dem Talmud, sondern aus unlauteren antisemitischen Quellen seine Weisheit geschöpft hat. Denn was er vorbringt, sind alte Ladenhüter aus der Verleumdungsfabrik der Eisenmenger Rohling und Konsorten — ist daher auch längst schon gründlich widerlegt und ad absurdum geführt.

Schon die Voraussetzungen, von denen der Artikel ausgeht, sind falsch: 1) Wohl hat der Talmud, ein Sammelwerk der Geistesarbeit von Jahrtausenden, grosse Bedeutung für uns, aber nur als Quellenmaterial und literarisches Erzeugnis der Vergangenheit. Keineswegs kann jeder einzelne Ausspruch, der sich im Talmud findet, als Massstab unserer „ethischen Anschauungen" angesprochen werden. Hören wir

darüber das unparteiische Urteil eines angesehenen christlichen Forschers. Dr. Hermann Strack, Professor der Theologie, sagt in seiner Einleitung in den Talmud: „Man muss im Gedächtnis behalten, dass der Talmud nicht ein Gesetzbuch ist, nicht ein Kodex ist, in dem jeder Satz eine unbedingte Gültigkeit hat .... Nur verhältnismässig selten kann man ohne weiteres aus dem Talmud ersehen, was Halakha oder gültiges Gesetz ist ... Es ist völlig verkehrt, alle im Talmud vorkommenden Aeusserungen eines einzelnen Rabbi ohne weiteres für „Lehre des Talmud" auszugeben und den Talmud, bezw. das Judentum für alle derartigen Aeusserungen verantwortlich zu machen. Man sollte in der Regel citieren: „Rabbi N. N. sagt" und dabei nicht nur die Zeit bezeichnen, in welcher der Gemeinte lebte, sondern auch bemerken, ob er Widerspruch gefunden hat, ob die Halakha nach ihm ist und dgl." Selbst der Schulchan-Aruch des R. Joseph Caro kann an und für sich nicht als Massstab unserer „ethischen Anschauungen" gelten. Denn nur wenn seine Entscheidungen von den bedeutendsten Kommentatoren und anerkanntesten Gesetzeslehrern gebilligt werden, dürfen sie zur Richtschnur der religionsgesetzlichen Praxis gemacht werden.[1]) Erst recht kann die Ansicht eines einzelnen Gelehrten in irgend einem Responsenwerk für uns nicht massgebend sein.[2])

2) Falsch und irreführend ist's ferner, wenn der Artikelschreiber durch ständige Anwendung des Wortes „Goj" den Anschein erwecken will, als sei in den angeführten Stellen von Christen die Rede. An und für sich bezeichnet das Wort „Goj" Nichtjuden überhaupt, Heiden sowohl, wie Christen und Mohammedaner. Wo aber der Talmud diesen Ausdruck hat, sind stets nur Heiden, Römer oder Perser gemeint. „Ueberhaupt enthält der Talmud nur verschwindend wenige direkte Beziehungen auf Christliches".[3]) Der Schulchan-Aruch aber unterscheidet sehr genau zwischen Heiden und sonstigen Nichtjuden. In unseren Ausgaben findet sich nur an wenigen Stellen das Wort „Goj."

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen seien die wesentlichsten der zitierten Stellen in gedrängter Kürze einzeln nachgeprüft, um die Haltlosigkeit der daraus gezogenen antisemitischen Schlüsse darzutun. Sie eingehend zu widerlegen, ist im Rahmen eines Zeitungsartikels unmöglich. Dazu müsste man grosse Abhandlungen oder ganze Bücher verfassen. Für weitere Belehrung sei auf das gründliche Werk von Prof. Dr. Hoffmann, Rektor des Rabbinerseminars in Berlin, „Der Schulchan-Aruch und die Rabbiner über das Verhältnis der Juden zu Andersgläubigen"[5] verwiesen, auf dessen wissenschaftlich unanfechtbare Beweisführung sich auch diese Widerlegung in der Hauptsache stützt.

1) Vgl. R. Mose Jsserles in der Vorrede zu seiner „Mappah" und R. Lippmann Heller in seiner Vorrede zu „Maadanne Jomtob."

2) Ganz verkehrt und unwissenschaftlich ist es ausserdem, wie der Artikelschreiber getan, Talmud, Schulchan-Aruch, Responsen u. a. zusammenzunehmen und mit dem Namen „Talmud" zu bezeichnen.

3) Professor Delitzsch in „Rohlings Talmudjude" S. 11.

4) Denn schon 30 Jahre nach dem Erscheinen des Schulchan-Aruch hat die Zensur der Inquisition alle nur irgend missverständlichen Ausdrücke in „Akum" (Abbreviatur des hebräischen „Obede kochabim umasaloth" d. h.: Anbeter von Sternen und Tierkreisbildern) umgeändert. Der Artikelschreiber jedoch gebraucht das Wort „Goj" auch da, wo selbst die ersten unzensierten Ausgaben unzweideutig von Heiden sprechen.

5) 2. Aufl. Berlin 1894.

Der erste in dem polnischen Artikel angeführte Satz lautet: „Es ist jedem Juden erlaubt, den Goj zu bestehlen, letzterer darf es nur nicht merken (Schulchan-Aruch [6]) 348). — Diese Wiedergabe ist eine dreiste Lüge. Ausdrücklich heisst es in demselben Kapitel 348 des Choschen Mischpat: „Wer auch nur den Wert einer Peruta (- 4/3 Pfennig) stiehlt, übertritt das Verbot: „Ihr sollt nicht stehlen!" [7]) und ist verpflichtet, zu bezahlen. Es ist einerlei, ob man das Geld eines Israeliten oder Geld von „Gojim" stiehlt." Nur in den Fällen, wo Nichtjuden nach ihrem Recht zur Wiedergabe eines dem Juden abhanden gekommenen Gegenstandes nicht verpflichtet sind, gestattet auch das jüdische Gesetz nach der Ansicht eines Rechtslehrers die Aneignung eines von Nichtjuden stammenden Objektes. Die weit überwiegende Mehrheit der Dezisoren aber verbietet auch dies, so dass es „die frevelhafte Ausbeutung eines exegetischen Irrtums ist, wenn diese bei den Juden bereits längst abgetane Ansicht immer wieder von neuem aufgetischt und als unbestrittene Religionslehre der Juden hingestellt wird." [9])

Dasselbe gilt von dem nächsten Falle: „Falls ein Goj, dem ein Jude Geld schuldet, stirbt und seine Nachfolger haben die Schuld vergessen, braucht der Jude die Schuld nicht zu bezahlen (Schulchan-Aruch [10]). 283)" Auch hier ist das Verhältnis ein gegenseitiges und ebendeswegen schon kein unmoralisches. Dennoch bemerkt bereits der älteste, mit dem Schulchan-Aruch fast stets verbundene Kommentar Ber-ha-Golah des R. Mose Ribkees [11]) ausdrücklich, dass „dies nur den heidnischen Götzendienern gegenüber galt, nicht aber in Bezug auf die Nichtjuden unserer Zeit, die an den Weltschöpfer glauben und deren Gesetze vorschreiben, eine verlorene Sache zurückzugeben."

„Wer gegenüber den Goj-Banditen einen Schwur abgelegt hat, der ist nicht verpflichtet, den Schwur zu halten (Tosephta Szewinoth 14 [12]). — Die Beifügung „Banditen" lehrt, dass es sich um einen durch Gewalt erzwungenen Schwur handelt. Ein solcher wäre aber ebenso auch einem Juden gegenüber ungültig.[13]) Andererseits heisst es jedoch ausdrücklich: „Wenn jemand von einem anderen beschworen wird, etwas zu tun, und er darauf „Amen" erwidert hat, so ist dies ein verbindlicher Eid, gerade so, wie wenn er selbst geschworen hätte, mag auch der Schwurempfänger Nichtjude sein." [14])

„Wenn ein Goj einen Juden bittet, dass er im Gerichte gegen einen Juden Zeugnis ablege, so ist es verboten; falls aber in derselben Sache ein Jude gegen den Goj zeugen will, so ist es erlaubt. (Schulchan-Aruch 385 [16]) — Der zweite Teil des Satzes ist hinzugelogen; er findet sich nicht im Schulchan-Aruch. Im Gegenteil heisst es ausdrücklich einen Paragraphen weiter: „Wenn ein Jude einem Nichtjuden eine Schuld abfordert und dieser leugnet und ruft einen anderen Juden als Zeugen an, so darf der Jude vor ein nichtjüdisches Gericht gehen, um dem Nichtjuden beizu-

6) Zu ergänzen: Choschen Mischpat.
7) 3. B. M. 19, 11.
8) A. a. O. S. 164.
9) Hoffmann, a. a. O.
10) Eingänge: Choschen-Mischpat.
11) 36 und Kap. 266 § 2.
12) Muss heissen: Schewuoth 2, 14.
13) Vgl. Schulchan-Aruch Jore-Deah 232, 12—16.
14) Ib. 237, 7.
15) Muss heissen: Choschen-Mischpat 28, 3.
16) Choschen-Mischpat 28, 4.

stehen.[17]) Nur wo nach jüdischem Rechte auch jüdischen Parteien gegenüber eine Zeugenaussage ungültig ist, darf der Jude sie beim nichtjüdischen Gerichte nicht ablegen.

„Falls ein Goj einen Goj oder einen Juden totschlägt, wird er zur Verantwortung gezogen. Falls ein Jude einen Goj totschlägt, ist er dafür nicht verantwortlich. (Dibbre David 37.)" — Das zitierte Buch, irgend ein Responsenwerk, ist mir nicht zu Hand; ich kann die angeführte Stelle daher nicht nachprüfen. Soviel aber kann ich doch sagen, dass sicher nicht das herausgelesen werden kann, was der Artikelschreiber gern herauslesen möchte. Statt tausend anderer sei zum Beweise nur eine — aber deutliche — Stelle angeführt: „Es mag genügen, dass ganz Israel die Christen für Nicht-Götzendiener hält. Darum ist es unsere Pflicht, mit unserer ganzen Kraft sie zu beschützen, sie vom Tode zu erretten und vor jedem Schaden und Nachteil zu bewahren; auch der Schutz ihres Eigentums muss unsere Sorge sein. Dies alles ist selbstverständlich." [21])

Wer ein Haus sieht, das von Gojim bewohnt ist, der sagt: ‚Lass der Herr den Hochmütigen vernichten!" Und wenn er es vernichtet sieht, soll er sagen: „Der Gott der Rache hat sich offenbart." (Talmud Babilon Barachoth 53 b [24]). — Dieser Satz enthält zunächst eine kleine Fälschung. Der zitierte Bibelvers [25]) ist falsch wiedergegeben; es heisst dort: das Haus der Hochmütigen wird der Ewige niederreissen! Sodann ist (mit Bezug auf das eingangs Bemerkte) festzustellen, dass hierselbst in unzensierten Ausgaben steht: „Wer Häuser der Götzendiener sieht u. s. w." Wie das Judentum über Schadenfreude denkt, hätte Artikelschreiber u. a. aus folgender Bestimmung des Schulchan-Aruch[26]) ersehen können: „An den letzten Tagen des Pessachfestes betet man nicht den ganzen Lobgesang, weil die Aegypter damals im Meere ertranken und es geschrieben steht [17]): „Wenn dein Feind fällt, freue dich nicht!" und Gott spricht: „Meiner Hände Geschöpfe versanken im Meer, und ihr wollt mir Loblieder singen? [28]) Oder er hätte aus demselben Traktat Berachoth [29]) zitieren können: „Der Fromme soll, wie R. Jochanan ben Sakkai, jedem Menschen, auch dem Heiden, mit dem Friedensgrusse zuvorkommen." Oder: „Es ist ein sittliches Gebot, jedem Menschen, auch einem Nichtjuden, der sich mit einer Arbeit beschäftigt, zuzurufen: „Mögest du in deiner Arbeit Glück haben!" [30])

„Die, welche die Rechte und die Propheten nicht kennen, die müssen getötet werden. Der, der die Kraft hat, zu töten, soll sie mit einem Schwert töten. Falls er keine Kraft dazu hat, soll er sich solange der List bedienen, bis er sie getötet hat. Schulchan-Aruch, Khochen-Hamichpath 425)" — Das ist eine gemeine, niederträchtige Fälschung zu Zwecken antisemitischer Verleumdung. „Die, welche die Rechte und Propheten nicht kennen" — das könnten wohl auch die Christen sein! Wie heisst es aber in Wirklichkeit an der angegebenen Stelle? Diejenigen Israeliten, welche die Thora und die Propheten leugnen, . . ." Also nur gegen jüdische Abtrünnige richtet sich die Bestimmung. Damit kann allerdings der Antisemitismus nichts anfangen. Daher muss der Text gefälscht werden!" [31])

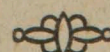
Eines scheint des Artikelschreibers Herz besonders zu beschweren — denn er hat ihm 4 Zitate gewidmet — dass es dem Goj verwehrt sein soll, Talmud und Kodines zu studieren. Wohl, es heisst im Talmud [33]: „Rabbi Jochanan sagt: „Ein Nichtjude, der sich mit der Thora beschäftigt, ist des Todes schuldig." Es genügt, auf das eingangs erwähnte Zeugnis des Prof. Strack zu verweisen, dass es völlig verkehrt ist, alle im Talmud vorkommenden Aeusserungen eines einzelnen Rabbi für Lehre des Talmuds auszugeben. Aber die Frage muss doch aufgeworfen werden, warum nicht auch der auf demselben Blatte des Talmud erwähnte Ausspruch des R. Meir zitiert wird „Selbst ein Heide, der sich mit der Thora beschäftigt, ist dem Hohenpriester gleichzuachten." Und statt der übrigen unbekannten Stellen hätte er die speziell vom Christen handelnden Worte des berühmten Maimonides [36]) anführen sollen: „Man darf die Christen die Thoragebote lehren, denn sie glauben, dass diese unsere Thora von Gott durch unsern Lehrer Moses geoffenbart ist; und sie ist bei ihnen niedergeschrieben, nur manchmal wird sie von ihnen falsch ausgelegt; doch bekehren sich so manche unter ihnen zum Guten." Und das war für die Praxis massgebend. Nicht immer boten, wie beim „Judenspiegel", getaufte Juden die unlautere Quelle antisemitischer „Wissenschaft" dar. Häufig gingen auch Christen in reiner Absicht zu Juden in die Schule, und gern unterrichteten diese sie in der jüdischen Lehre. Der bekannte Bibelkommentator R. Obadia Sforno [37]) z. B. war der Lehrer Johann Reuchlins, der durch seine massoretischen Studien berühmte Elia Levita [38]) unterwies in Rom den Kardinal Egidio de Viterbo sogar in der Kabbala u. s. w. Seit jeher haben Juden sich auch damit beschäftigt, den Talmud in fremde Sprachen zu übertragen.[39]) Artikelschreiber braucht sich bloss in die Posener Universitätsbibliothek zu begeben und die dort vorhandene Talmudübersetzung von Lazarus Goldschmidt zu studieren, wenn er wirklich den Talmud kennen lernen will. Aber will dieser Typ von Artikelschreibern uns denn kennen lernen und richtig schildern, wie er vorgibt? Wenn man ihre Machwerke liest und zur Verallgemeinerung neigt, dann könnte man sich allerdings zu der Meinung bekehren, dass man Nichtjuden den Talmud nicht lehren sollte; ja, es ist anzunehmen, dass ähnliche böse Erfahrungen R. Jochanan erst zu seinem vorerwähnten Ausspruche veranlasst haben. Hätten diese Artikelschreiber

---

7) Wenn er nämlich zur Zahlung verurteilt werden sollte, während ein Zeuge genügt, ihn von Zahlung zu befreien.
18) R. Jakob Emden, Scheilath Jabez I, 41.
19) Muss heissen: 388, 16.
20) Muss heissen: 58 b.
21) Spr. Sal. 15, 25.
22) Orach-Chajim 490, 4.
23) Spr. Sal. 24, 17.
24) Beth Joseph das. und Ture Sahab § 3.
25) 17 a.
26) Orach-Chajim 347, Magen Abraham § 4.
27) Es genüge, diese skrupellose Fälschung festzunageln. Zur Sache selbst sei auf Hoffmann, a. a. O. S 66 ff. verwiesen.
28) Sanhderin 53 a.
29) Resp. Peer ha-Dor Nr. 50.
30) 1470—1550.

31) 1468—1549.
32) Vgl. Dr. Erich Bischoff, Kritische Geschichte der Talmudübersetzungen (Frankfurt a. M. 1899) und die Literaturangaben bei Strack, Einleitung in den Talmud. 2. Aufl. S. 106—130.
33) Bei solchem Gebahren — das uns fern sei — würde auch das Christentum schlecht abschneiden. Lehrt ja das kanonische Recht u. a.: See- und Strandräuber sind nur dann zu exkommunizieren, wenn sie einen Christen berauben; ein gegen Vorteil der Kirche geschworener Eid ist unverbindlich; wer aus Eifer für die Kirche einen Exkommunizierten tötet, gilt nicht als Mörder; der Ketzer ist ehrlos, zeugnisunfähig, klageunfähig, sein Vermögen ist zu konfiszieren, auch wenn seine Nachkommen unschuldig sind usw. (Vgl. die Belegstellen in dem Buch: „Akten und Gutachten im Prozess Rohling gegen Bloch" Wien 1890.

die ehrliche Absicht, uns objektiv zu schildern, dann würden sie nicht einseitig solche Stellen heraussuchen, die, aus dem Zusammenhang gerissen und zumeist noch gefälscht oder ungenau wiedergegeben, bei dem Unkundigen Anschein erwecken, als lehre das Judentum Hass und Ungerechtigkeit gegen Nichtjuden.[40]) Aber ihr Wunsch und ihr Zweck ist ja lediglich Verleumdung und Verhetzung. Wir müssen es uns leider versagen, aus den tausend und übertausend Gesetzen der Liebe und Milde, die Talmud und rabbinisches Schrifttum auch den Nichtjuden gegenüber vorschreiben, auch nur eine kleine Blütenlese zu geben. Gar mancher aber wird, wenn er die ethischen Anschauungen der Juden, wie sie in Wirklichkeit sind, kennen lernt, zu der Meinung kommen, die Johann Gottfried Herder von der jüdischen Literatur hegt: „Man sei Jude, Christ oder Türke, man muss ihre Hoheit fühlen und die reinen Pflichten, die immer daran geknüpft werden, im Staube ehren."



Das Märchen vom jüdischen Bolschewismus.

Wie selbst im Lande des klassischen Bolschewismus, in Sowjet-Russland, die Angabe, die Juden seien die Träger des Bolschewismus, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt, beweisen die Ausführungen des gut eingeführten Führers der russischen sozialrevolutionären Partei, Gregor Schneider. In einer Aussprache mit den Mitarbeitern verschiedener Blätter äusserte er sich darüber wie folgt:

Die Juden, welche eine bedeutende Rolle in der russischen revolutionären und demokratischen Bewegung spielten, befinden sich in allen Lagern und fehlen infolgedessen auch unter den Bolschewisten nicht. Jedoch sind die Juden unter den antibolschewikischen Strömungen viel stärker vertreten als im Bolschewismus. Während der ersten Monate der Revolution waren die Juden sowohl in den städtischen Vertretungen als auch in dem Vorparlament, das mit aller Kraft gegen den Bolschewismus ankämpfte, verhältnismässig zahlreicher, als in den gegenwärtigen bolschewikischen Kommissariaten. Auch nachdem die Bolschewiken zur Macht gelangt sind, stellt sich die Mehrheit der Juden gegen die Diktatur des Proletariats und sie sind in grosser Zahl in den demokratischen gegenbolschewistischen Regierungen, in den städtischen und den Semstwoorganisationen vertreten. Diese Haltung ist leicht erklärlich: Vor dem Krieg und der Revolution waren die Juden, die an der russischen Politik teilnahmen, revolutionäre Sozialisten, gemässigte Sozialdemokraten, eher Kadetten als Extremisten. Und dies sind sie bis heute geblieben. Auch trifft in Anbetracht der ökonomischen Lage der jüdischen Massen die soziale Politik der Bolschewiken die Juden viel härter als jeden anderen Teil der Bevölkerung. Ueberdies bringt sie das politische Chaos, der häufige Machtwechsel, wobei gewöhnlich die Situation vom Mob ausgebeutet wird, in die ewige Gefahr von Massakers, welche bereits, besonders in der Ukraine, schreckliche Dimensionen angenommen haben. Dass es eine stärkere Teilnahme der Juden am Bolschewismus geben soll, ist eine optische Täuschung, die daher stammt, dass die Juden aus dem antibolschewikischen Lager sich zur Zeit Kerenskis sowie gegenwärtig eher im Hintergrund halten, während die jüdischen Bolschewiken, die nichts zu riskieren haben, ohne weiteres die sichtbarsten Posten in der gegenwärtigen Regierung einnehmen. Dieser Umstand wird von der russischen Reaktion geschickt ausgenützt, welche an der antisemitischen Hetze die direkte Verantwortung trägt. Da sie weder Wurzeln noch reale Grundlagen hat und wohl weiss, dass sie sich mit einer Methode des offenen, ehrlichen Kampfes nicht behaupten kann, versucht die Reaktion, die verlorene Partie zu gewinnen, indem sie das traditionelle Instrument der alten zaristischen Politik hervorzieht, den nationalen Hass, welcher von jenen Kreisen in immer akuterer Weise entflammt wird.

In den bolschewistischen Gegenden ist der Antisemetismus fast unbekannt und es hat dort keinen Pogrom gegeben. Dies ist der deutlichste Beweis, dass der Ursprung des wiedererweckten Judenhasses nicht in der Tatsache zu suchen ist, dass einige Volkskommissäre Juden sind — denn in einem solchen Falle müsste der Antisemitismus in Grossrussland viel stärker sein — sondern in der böswilligen Propaganda der Reaktion.

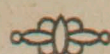
Soweit Schneider.

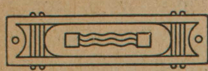
Inzwischen sind Daten als Resultat einer von der Petersburger kommunistischen Organisation veranstalteten Enquete zur Veröffentlichung gelangt, die eine volle Bestätigung der Schneiderschen Feststellungen ergeben. Danach betrug bis zum 1. Dezember 1918 die Zahl der bolschewistisch organisierten Arbeiter in Petersburg im ganzen 124071. Mehr als die Hälfte davon sind Metallarbeiter, da hauptsächlich nur die Fabriken für Heeresbedarf arbeiten. Etwa 60 Prozent dieser Parteimitglieder sind jünger als 30 Jahre. Nach der Nationalität verteilen sie sich folgendermassen:

Russen	74,2	Proz.
Letten	10,5	„
Polen	6,3	„
Esten	3,7	„
Litauer	2,6	„
Juden	2,6	„

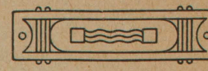
Der geringste Prozentsatz entfällt also auf die Juden. Dabei ist zu bedenken, dass nach der Abschaffung der „Tscherty ossjedlosti" des Ansiedlungsverbots für Juden in den grossen Städten, im März 1917 jüdische Arbeiter und Handwerker in grosser Zahl nach Petersburg eingewandert sind.

Im Grossen und Ganzen dürften diese Daten, sowie die Darstellung von den Motiven und Absichten der reaktionären Hetzer überall zutreffen.



FEUILLETON.

Der letzte Mann

Von Andreas Latzko.

In einer Novelle „Der letzte Mann“ die eben in der Sammlung „Die Pforte“ des Dreiländer-Verlages erschienen ist, schildert Andreas Latzko die Stimmung einer Kompagnie im Schützengraben, die als Nachhut auf verlorenem Posten gelassen wird, während die Armee den Rückzug antritt. Der junge Musiker Gadsky durchlebt in diesen Stunden der Erwartung sein vergangenes Leben. Furcht und Hoffnung, den Wahnsinn des Krieges: bei einem Gang durch den Graben trifft er einen kleinen jüdischen Schneider, der ihm am selben Morgen das Kommende vorhergesagt hatte.

Einige Schritte weit von der leeren Munitionskiste, auf die er wieder zusteuerte, sah er einen Soldaten, den Kopf gegen die Grabenwand gelehnt — und erkannte bei näherem Hinschauen den Gesangskomiker. „Nun, was hab ich gesagt?“ klang es ihm traurig entgegen; und er musste lächeln, trotz aller Sympathie, über den gemütlichen Singsang dieser Sprache, die an übermütige Nächte in Spezialitätentheatern, an vielbelachte Anekdoten erinnerte, und so seltsam fremd und widerspruchsvoll aufstieg in der heroischen Umgebung von Sandsäcken und Grabenmörsern.

Verlegen suchte Gadsky nach irgendeinem trostreichen Satz, den er dem Kleinen hätte schenken können: und erzählte ihm endlich von der Gefangennahme des älteren Krülow, mit einer schüchternen Nutzanwendung, die nicht gerade überzeugend klang. Der Schneider schwieg eine Weile, wiegte nur nachdenklich den Kopf, ängstlich besorgt, nicht herauszutreten aus dem Schatten, der sein Gesicht vor prüfenden Blicken beschützte. Dann zog er mit einemmal die Achseln bis über die Ohren, liess beide Arme hochfliegen und erwiderte bitter: „Der Herr von Krülow? . . Ja, so ein Kavalier, der mit'm Schnuller im Mund schon hoch zu Ross gesessen ist! Wenn ich denselben Schuss in meine schmale Schneiderlunge kriege, bin ich tot, bevor die Franzosen unseren Graben erreichten. Uebrigens! . . . Warum wollen sie mir Hoffnung machen? Helfen sie mir lieber die Hoffnung aufzugeben! Seit zehn Stunden tu' ich schon nichts, als mir einreden, dass ich verloren bin! . . . . Und kanns immer noch nicht glauben.“

Gladsky senkte den Kopf und starrte auf seine Stiefel. Es war zu traurig, diesen schlagfertigen Spassmacher so ganz anders reden zu hören, als man es von ihm gewohnt war! Er hatte, weiss Gott, recht! Wozu ihm Hoffnung machen? — — Und doch konnte sich Gladsky nicht entschliessen, den armen Teufel einfach stehen zu lassen, allein mit seinem erschwitzten Gleichmut, der ihm so schlecht, beinahe spassig, wie der Sturmhelm zu Gesichte stand. So legte er zum Abschied die Hand auf die Schulter des Schneiders und sagte mit einer Wärme im Herzen, die er willig in seine Stimme überströmen liess: „Bleiben Sie nicht hier draussen! Man trägt es viel leichter unter Menschen, wenn man sich ein wenig zusammennehmen . . . .“

Noch ehe er den Satz beendet hatte, entzog sich die Schulter seiner Hand, und eine ganz fremde, gehässige Stimme liess ihn erschrocken zurückprallen: „Ich danke! Das darf sich der Herr Unteroffizier Fröbel erlauben, ich nicht! Darüber hab' ich gerade nachgedacht, als Sie gekommen sind, wie schön sie es alle haben! Wenn sie mutig sind, dann kämpfen sie wie einer von den vielen braven Deutschen! Wenn sie aber weiss, wie ein Bettuch, im Unterstand herumsitzen, mit verweinten Augen, dann sind sie der feige Karl Fröbel, und weiter nichts! Ich muss mich hier verkriechen, damit nicht für jeden Seufzer, den ich mir zuschulden kommen lasse, meine drei jüdischen Kameraden im Bataillon mitbezahlen müssen. Und wem nütz' ich was, wenn ich mich zusammennehme? . . . Ich habe mich gerade gefragt, wem es zugute kommen wird, wenn ich hier so grossartig sterben werde, als wäre ich mein Leben lang Löwenbändiger oder Drachentöter und nicht ein kleiner jüdischer Schneider gewesen? . . . Niemandem, sage ich ihnen! Kein Mensch wird etwas davon haben! Kein Mensch auf der ganzen Welt! Wenn meine armen Buben einmal gross sein werden, wird man sie doch wieder feige Juden heissen, ganz gleich, ob ihr Papa ein Tiger war oder ein Hase.“

Erschüttert lauschte Gadsky diesem bitteren Grimm, der ihm wie eine giftige Flamme ins Gesicht spritzte. War das wirklich der „Gesangskomiker“, der so sprach? Konnte man so monatelang neben einem Menschen dahinleben, ohne den Hass zu ahnen, der ihn zerfrass. „Ihre zwei Buben werden eben nicht mehr so heissen!“ — sagte er energisch, mit mit bewusst forcierter Entschiedenheit. „Sie haben doch . . .“

Ein höhnisches Lachen schnitt ihm das Wort ab „So? . . . Meinen Sie? . . . Dann werde ich Ihnen was erzählen. Gestern war die Reihe an mir, den Unterstand der Herren Offiziere auszumisten; und da habe ich mir ein paar alte Nummern von der Zeitung mitgenommen, die sich unser Herr Hauptmann schicken lässt. Wollen Sie den Artikel lesen? Sie können ihn haben! . . . Da steht, schwarz auf weiss, dass wir Juden die Geier dieses Krieges sind, dass wir nur Papiersohlen verkaufen und Wuchergeschäfte machen und die feinen Restaurants überschwemmen. Von uns vieren hier im Bataillon weiss der Mann nichts! Natürlich, er sitzt ja auch in den feinen Restaurants, sonst wüsste er nicht so genau, wer sich dort sattfrisst. Aber können Sie mir sagen, warum er sich nicht einmal die letzte Seite von so einem verdammten Judenblatt etwas genauer anschaut und die Siegfried Cohns und Moritz Rosenthals zusammenzählt, die sich dort, geehrt mit dem eisernen Kreuz neben ihren Namen, als Helden empfehlen? . . . Lassens mich zufrieden! . . . Meine Buben haben genau so krumme Beine und so krumme Nasen wie ich. Und wer sie trifft, wird immer nur an die fetten Gauner denken, die er irgendwo Hummern fressen und Brillanten tragen gesehen hat; und niemand, niemand sag' ich Ihnen, wird was von den vielen tausend krummen Nasen wissen wollen, in die hier draussen die Würmer kriechen! — — Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen, sie können ja nichts dafür!“

Stumm streckte Gadsky dem Kleinen seine Hand entgegen, tiefgerührt von dem gutmütigen Schlusssatz, der allen Vorwürfen die Spitze brechen sollte. Er fühlte die Dankbarkeit, die schüchtern hinter diesem Freispruch hervorschielte, und die Herzlichkeit, mit welcher der Schneider seine Hand umklammerte, beschämte ihn. Hatte er sich nicht auch fleissig

an den billigen Witzeleien beteiligt, früher, im Hinterland, wenn die dicke Frau Schneidermeisterin im Sonntagsstaat, flankiert von den abstehenden Ohren der beiden Sprösslinge, ihren Mann vor der Kaserne abholte? — — Wieviel Selbstüberwindung, wieviel fressende, mühsam unterdrückte Empörung musste das devote Männchen, hinter der gutmütigen Maske verborgen, in sich herum getragen haben? Und weil in letzter Stunde, in die Einsamkeit, in die er sich trotzig zurückzog, wie ein angeschossenes Tier, einige gnädige Worte fielen, — weil dem aufblitzenden Zorn, ehe er für immer verstummte, einer herablassend sein Ohr lieh, das Almosen einiger Minuten schenkte, fühlte er sich schon reichlich entschädigt, presste die Hand des Feindes so heiss, als hätte sie ihn nie geschlagen!

Es war schwer, eine Entgegnung zu finden auf diesen Angriff. Das war nicht flüchtige Laune! Diese Vorwürfe waren tausendmal durchdacht: in Stunden der Erniedrigung gründlich ausgetragen. „Sie sehen schwarz"! — entfuhr es Gadsky, nach langem Schwanken; und der Schrecken über die frostige Banalität seines Ausspruches wich der Scham, als der Schneider entgegenkommend, auf den konventionellen Ton einging, mit gequältem Lachen den Scherz zurückgab: „Ich heisse ja Schwarz, wie Sie wissen."

Wieder kam, wie kurz vorher im Offiziersunterstand, das Gefühl über Gadsky, auf einer Bühne zu stehen. Die Frage: „Warum spielen wir uns jetzt noch gegenseitig Komödie vor?" fiel ihn an. Er liess die Hand des Schneiders fahren und wandte sich zum Gehen, durchfröstelt von der Erkenntnis, dass nur seine Gegenwart diesem braven Hasenfuss die Kraft gab, sich Scherzworte von den Lippen zu reissen! Warum ihn noch länger zwingen, sich zu verstellen?

„Viel Glück!" — warf er hastig über die Schulter zurück.

Der Kleine lachte ihm nach: „Glück? . . . Was heisst noch Glück? Wünschen sie mir einen guten Kopfschuss!"

Gadsky trug die bitteren Worte mit sich fort und zog unbewusst die Schulter hoch, angesteckt von der übertriebenen Gelenkigkeit des anderen.



Aus unserer Urkundenmappe.

Gelegentlich der Anwesenheit des Herrn Botschafters Morgenthau in Posen ist von Seiten des Jüdischen Volksrates angeregt worden, eine Zusammenkunft zwischen dem Herrn Minister für das ehem. preuss. Teilgebiet und Vertretern des Jüdischen Volksrates zur Besprechung aller das jüdische Interesse berührenden Fragen herbeizuführen. Wegen Abwesenheit des Herrn Ministers konnte die Zusammenkunft damals nicht stattfinden, jedoch hat uns das Ministerium aufgefordert, unsere in der Zusammenkunft zur Besprechung zu stellenden Wünsche zunächst schriftlich niederzulegen und ihm einzureichen. Daraufhin haben wir die nachstehend abgedruckte Eingabe an das Ministerium f. den ehem. pr. Teilgebiet gerichtet. Die Zusammenkunft selbst hat inzwischen nach Redaktionsschluss am 17. Dezember stattgefunden. Ueber ihr Ergebnis werden wir im nächsten Heft berichten.

I.

Wir erlauben uns, zunächst darauf hinzuweisen, dass dem Jüdischen Volksrat Posen fast sämtliche jüdische Gemeinden in den zur Zeit von Polen besetzten Gebieten der Provinz Posen angehören. Von der dem Jüdischen Volksrat nicht angehörenden jüdischen Gemeinde Posen sind die Mehrzahl der Gemeindemitglieder dem Jüdischen Volksrat angeschlossen, wie seiner Zeit die Stadtverordnetenwahlen in Posen bewiesen haben. Der Jüdische Volksrat stellt somit die Vertretung fast sämtlicher Juden in Gemeinden dar. Wenn wir auch wissen, dass eine verhältnismässig geringe Anzahl Juden dem Jüdischen Volksrat nicht angeschlossen sind, so glauben wir doch, berechtigt zu sein, E. E. den Wunsch auszusprechen, den Jüdischen Volksrat als die Gesamtvertretung der Posener Juden anzuerkennen und ihn bei der Behandlung sämtlicher die Juden und das Judentum interessierenden Angelegenheiten durch die Polnische Regierung zu Rate zu ziehen. Wir glauben zu diesem Wunsche umso mehr berechtigt zu sein, als es eine andere Gesamtvertretung der Posener Juden nicht gibt; denn die einzelnen jüdischen Gemeinden sind lediglich im Stande, ihre Gemeinde und deren Mitglieder nach aussen zu vertreten. Eine politische Gesamtorganisation der jüdischen Gemeinden, die zur Vertretung der Juden in den allen gemeinsamen Angelegenheiten befugt wäre, gibt es aber — abgesehen vom Jüdischen Volksrat — nicht.

II.

E. E. wird nicht entgangen sein, dass sich in der in Stadt und Provinz Posen erscheinenden polnischen Presse ein ungeheurer Antisemitismus breit macht. Fast keine Zeitung erscheint, in der sich nicht ausgesprochene Hetzartikel gegen die Juden befinden. Mit allen Mitteln wird versucht, den Juden als den Ausbund aller Schlechtigkeit hinzustellen, wobei auch von den in der antisemitischen deutschen Presse verbreiteten falschen Zitaten aus den religiösen Schrifttum der Juden ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Der Jude wird als der Erzfeind Polens dargestellt. Politische Misserfolge werden ihm zur Last gelegt, er hat die schlechte wirtschaftliche Lage verursacht. Es würde zu weit führen, hier eine Inhaltsangabe der antisemitschen Hetzartikel zu geben; wer die polnische Presse mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird hierüber auch so hinreichend unterrichtet sein. Es ist nun garnicht daran zu zweifeln, dass diese dauernde antisemitische Hetzpropaganda vergiftend wirken muss, insbesondere auf die einfacheren Volksschichten, die alles, was in der Zeitung steht, gläubig als Wahrheit hinnehmen. Der in dem Volke tatsächlich schon vorhandene Antisemitismus wird auf diese Weise dauernd vergrössert und verstärkt und lässt jeden objektiven Beurteiler an der Möglichkeit eines harmonischen Zusammenlebens zwischen Polen und Juden im polnischen Staate verzweifeln. Falls das polnische Volk in der beschriebenen Weise weiter antisemitisch verhetzt wird, wird es keinem Juden der ehemals preussischen Gebietsteile möglich sein, in dem neuen polnischen Staate zu leben und zu arbeiten, die Juden werden sich vielmehr genötigt sehen, ihre Heimat, in der ihre Familien seit Jahrhunderten lebten und sich wohlfühlten, zu verlassen und sich neue

Existenzen zu suchen. Es scheint uns keinem Zweifel zu unterliegen, dass durch den Wegzug dieser Juden auch das wirtschaftliche und staatliche Leben Polens erhebliche Nachteile haben würden; denn das Land würde ein fleissiges und arbeitsames Element verlieren, das zu seinem wirtschaftlichen Emporblühen bisher nicht wenig beigetragen hat. Falls die polnische Regierung dies vermeiden will, so muss sie in ihrem eigenen Interesse einen Einfluss auf die polnische Presse hin ausüben, dass diese antisemitische Hetze in Zukunft unterbleibt.

III.

Wie wir E. E. bereits durch Schreiben vom 13. 10. mitgeteilt haben, haben wir uns wegen der Einführung einer Prozentnorm von 2% für jüdische Studenten und Studentinnen an der hiesigen Universität beschwerdeführend an den Herrn Rektor gewandt. Wir erhielten daraufhin die unterm 16. 10. cr. erteilte Antwort, dass nach einem Beschluss des Komisariats Naczelnej Rady Ludowej vom 5. Mai 1919 die Juden nur prozentualiter zu dem Verhältnis zu der Einwohnerschaft im ehemals preussischen Gebiete zur Universität zugelassen werden dürften. Bei diesem Bescheide können wir uns jedoch nicht beruhigen. Wir geben E. E. zu bedenken, dass die Einführung der Prozentnorm an der hiesigen Universität sämtlichen uns bisher in feierlichster Form abgegebenen Versprechungen bezüglich der Gewährung völliger bürgerlicher Gleichberechtigung entschieden widerspricht und zu allen Grundsätzen einer freiheitlichen Staatspolitik im schärfsten Gegensatz steht. Diese Massnahme ist jedenfalls in keiner Weise geeignet, die auch für den polnischen Staat so überaus wichtige Verbreitung der polnischen Kulturgüter unter den in Polen lebenden Juden zu fördern. Sie bewirkt es vielmehr, dass sich die Juden hier als Bürger zweiter Klasse fühlen. Im Interesse der polnisehen Regierung läge es, dadurch, dass Sie den Juden sämtliche polnischen Bildungsanstalten weit öffnet, sie zu Staatsbürgern zu machen, die im Bewusstsein völliger Gleichberechtigung gern und mit allen ihren Kräften an den Aufgaben des Staatswohles mitarbeiten.

IV.

Durch den Erlass des Herrn Oberpräsidenten vom 1. Februar 1919 ist für die ehemals preussischen Gebietsteile Polens das System der Simultanschule abgeschafft und an dessen Stelle das der konfessionellen Schule gesetzt worden. Hiermit erwuchs auch für die jüdische Gemeinschaft das Recht und die Pflicht, für die Erziehung des jüdischen Nachwuchses durch Gründung und Unterhaltung eines jüdischen Schulwesen zu sorgen. Die polnische Regierung hat sich diesen Wünschen nicht verschlossen und so ist von der Stadt Poznań eine jüdische Volksschule hierselbst ins Leben gerufen, die sich bisher gut bewährt hat. Sehr im Argen dagegen liegt das jüdische Schulwesen in der Provinz. In einzelnen kleinen Orten mit nur geringer jüdischer Bevölkerung wird es nicht möglich sein, für die wenigen jüdischen Schüler eine eigene jüdische Schule zu gründen. Dagegen bestehen in einer Reihe von Städten mittlerer Grösse jüdische Schulen. Es ist auch eine genügende Anzahl jüdischer Schüler vorhanden, und doch kann ein jüdischer Unterricht nicht stattfinden, da es an jüdischen Lehrkräften mangelt. In diesen Städten sind die jüdischen Kinder gezwungen, den Unterricht an der evangelischen Schule mitzunehmen, was weder für ihre eigene religiöse Erziehung noch für die der evangelischen Schulkinder von Vorteil sein kann. Um diesem Mangel abzuhelfen, bitten wir E. E., die Ihnen unterstellten zuständigen Behörden anzuweisen, für die in Frage kommenden jüdischen Schulen in der Provinz geeignete jüdische Lehrkräfte anzustellen. Der Jüdische Volksrat ist bereit und wird sich bemühen, der polnischen Regierung bei der Beschaffung derartiger Lehrkräfte behilflich zu sein.

V.

Seitens der hiesigen jüdischen Handwerker ist uns lebhafte Klage darüber geführt worden, dass sie bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten durch städtische und staatliche Behörden keine Berücksichtigung mehr finden. Wir glauben E. E. darauf hinweisen zu müssen, dass die Erhaltung eines jüdischen Handwerkerstandes auch für den polnischen Staat von grosser Bedeutung ist, da auf diese Weise die Verbreitung produktiver Tätigkeit unter den Juden gefördert wird. Wir bitten deshalb E. E. bei den Ihnen unterstellten Behörden dahin wirken zu wollen, dass in Zukunft auch die jüdischen Handwerker bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten angemessenen Berücksichtigung finden, zumal ihre Leistungen sicherlich die höchsten Ansprüche befriedigen.

VI.

In der am 13. Dezember 1918 erlassenen Erklärung des Komisariats der Naczelna Rada Ludowa, in der den Juden völlige börgerliche Gleichberechtigung versprochen und ein gutes Einvernehmen zwischen den Mitbürgern polnischer und jüdischer Nationalität als erstrebenswertes Ziel aufgestellt worden war, werden zur Erreichung dieses Zieles Massnahmen vorgeschlagen, welche möglichst bald eine soziale Umschichtung des jüdischen Proletariats ermöglichen. Wir weisen E. E. erneut auf die ungeheure Wichtigkeit dieser Vorschläge hin und hoffen und erwarten, dass sich die polnische Regierung dem nicht verschliessen wird. Vorläufig aber scheint sich diese Erkenntnis noch nicht genügend Bahn gebrochen zu haben. Denn das Urząd Osadniczy verweigert Juden ohne weiteres die Auflassungsgenehmigung für städtische und ländliche Grundstücke. Es ist somit von vornherein den Juden unmöglich gemacht, zur Landwirtschaft überzugehen, und damit eine Gesundung der heutzutage tatsächlich ungesunden sozialen Schichtung des Judentums herbeizuführen. Bezüglich der praktischen Durchführung dieser Frage verweisen wir E. E. auf die unter dem Titel »Die Ostjudenfrage« in No. 3 und 4 unseres Mitteilungsblattes abgedruckten Artikel des auf diesem Gebiete überaus sachverständigen Landgerichtsrat Sello.

VII.

Sehr stark sind die Klagen seitens der jüdischen Handelstreibenden darüber, dass eine systematische Ausschaltung des jüdischen Handels auf allen wirtschaftlichen Zweigen zum Teil bereits durchgeführt, zum Teil noch zu erwarten ist. Auf dem Gebiete des Getreidehandels sind zuerst durch Massnahmen der Starosten der einzelnen Kreise verschiedene alteingesessene Getreidehändler als Kommissionäre ausgeschaltet worden, während eine Reihe nicht in den Kreisen wohnender polnischer Firmen, die erst seit ganz kurzer Zeit bestehen, zum kommissionsweisen Handel mit Getreide zugelassen wurden. Namentlich wurden die jüdischen Getreide-

händler des Kreises Schubin stark in Mitleidenschaft gezogen. Wir sind dieserhalb wiederholt bei dem Starosten des Kreises vorstellig geworden und haben dann nach langer Zeit die Antwort bekommen, dass die jüdischen Getreidehändler des Kreises Schubin deswegen vom Getreidehandel ausgeschlossen worden sind, weil sie das Vertrauen der Bevölkerung des Kreises verloren hätten. Wir haben diese Behauptung widerlegt, indem wir für die ausgeschalteten Getreidehändler Vertrauenserklärungen einer grossen Zahl Gross- und Kleingrundbesitzer beigebracht haben, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, dass diese den weiteren Verkehr mit diesen alteingesessenen Firmen aufrecht zu erhalten wünschen. Wir haben diese Angelegenheit, nachdem wir dauernd ohne Antwort blieben, dem Herrn Regierungspräsidenten vorgetragen, der uns auch bis zum heutigen Tage einen Bescheid in dieser Angelegenheit nicht hat zukommen lassen.

Was die Verteilung der in Stadt und Provinz Posen zur Verteilung kommenden Waren anbetrifft, so ist eine nennenswerte Zurücksetzung des jüdischen Handels nicht zu verzeichnen, soweit die betreffenden Waren durch den Urząd Rozdzielczy direkt an die Händler in Posen verteilt worden sind. Dagegen haben sich in allen wirtschaftlichen Zweigen polnische Einkaufsgenossenschaften gegründet, die namentlich in der Prozinz das Monopol für die Verteilung von Waren besitzen, und jüdische Firmen vollständig unberücksichtigt lassen. Es haben sich viele jüdische Firmen zur Aufnahme in diese Genossenschaften gemeldet, sie sind jedoch abschlägig beschieden worden. Soweit sich daher der Urząd Rozdzielczy zur Verteilung von Waren der vielfach, besonders in den Provinzstädten bestehenden kaufmännischen Berufsorganisationen, wie z. B. Einkaufsgenossenschaften bedient, bleiben die Juden in Praxis unberücksichtigt, da diese Organisationen nur Kaufleute polnischer Nationalität aufnehmen und die Aufnahme von Juden verweigern. Da diesen Organisationen durch die behördlichen Wirtschaftsämter eine Art Monopolcharakter zuerkannt wird, sind auf diese Weise die jüdischen Kaufleute von einem erheblichen Teil des Handels tatsächlich ausgeschlossen. Unsere Bemühungen, hier Wandel zu schaffen, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Wir bitten daher E. E. dafür Sorge tragen zu wollen, dass die uns vielfach verheissene Gleichberechtigung auch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens zur vollen Durchführung gelange. Dem polnischen Staate würde die tätige Mitarbeit des jüdischen Elements in dem zur Zeit noch sehr daniederliegenden Wirtschaftsleben nur förderlich sein.

Beschwerde wegen Einführung der Prozentnorm an der Universität Posen.

An den Herrn Minister f. d. ehemals preuss. Teilgebiet.

Wie wir E. E. durch Schreiben vom 13. 10. 19. mitteilten, haben wir uns wegen Einführung einer Prozentnorm von 2 % für jüdische Studierende an der hiesigen Universität beschwerdeführend an den Herrn Rektor der Universität gewandt und E. E. auch eine Abschrift dieser Beschwerde übersandt. Darauf haben wir von Rektor und Senat der Universität die in Abschrift beiliegende Antwort erhalten. Diese Antwort bestätigt lediglich das, was uns bereits aus den Mitteilungen verschiedener jüdischer Studenten bekannt war. Sie geht jedoch auf unsere Ausführungen in der Beschwerdeschrift nicht ein. Deshalb glauben wir berechtigt und verpflichtet zu sein, E. E. nochmals die in unserer Beschwerdeschrift angeführten Gründe in Erinnerung zu bringen. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, dass die Einführung der Prozentnorm ein grundlegender Verstoss gegen die Prinzipien einer gerechten modernen Staatsleitung und dass ihre Folge lediglich die ist, dass die von ihr betroffenen Staatsangehörigen sich zurückgesetzt fühlen, und dass das Interesse am Staate, der sie einer derartigen Ausnahmebehandlung unterwirft, bei ihnen verringert wird. Sie widerspricht ferner gerade in diesem Falle aufs schärfste sämtlichen feierlichen Versprechungen der polnischen Regierung nach Gewährung völliger Gleichberechtigung an alle Staatsangehörigen ohne Unterschied der Sprache, Religion und Rasse. Wir wollen auch den Hinweis darauf nicht unterlassen, dass die Ausschliessung von den Bildungsstätten nicht dazu beitragen kann, die Juden der polnischen Kultur näher zu bringen. Es ist uns besonders verwunderlich, wie die Regierung des polnischen Volkes, das doch über ein Jahrhundert lang unter der Herrschaft fremder Völker gelebt und gelitten hat, jetzt, nach Erlangung der politischen Selbständigkeit, die unter ihrer Herrschaft lebenden Minoritäten nach denselben Grundsätzen behandelt, gegen die das polnische Volk unter Billigung und Unterstützung aller gerecht Denkenden sich mit allen Mitteln gewehrt hat. Wir bitten E. E., all dieses nochmals in Erwägung ziehen zu wollen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Bestimmung baldigst wieder aufgehoben wird. Wir bitten E. E., uns Ihre Entschliessungen in dieser Frage mitzuteilen.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Eingänge ersucht:

An die jüdische Lehrerschaft!

Die unterzeichneten Verbände haben sich zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft entschlossen, um durch geschlossenes Vorgehen der Forderung auf auskömmliche Besoldung und gerechte Würdigung der Wirksamkeit des Lehrers stärkeren Nachdruck zu verschaffen. Die Selbständigkeit der Verbände wird durch diese Arbeitsgemeinschaft nicht berührt.

Wir geben von unserem Beschluss der jüdischen Lehrerschaft Deutschlands Kenntnis und ersuchen sämtliche Orts- und Provinzialvereine, in gemeinsamer Arbeit unsere Bestrebungen förden zu helfen.

Wir erwarten, dass alle noch abseits stehenden Kollegen unverzüglich den Anschluss an einen Verein suchen werden. Wer in dieser Zeit grösster wirtschaftlicher und seelischer Not sich dem grossen ganzen entzieht, schädigt die Interessen seines Standes.

Der Verband der jüdischen Lehrervereine im Deutschen Reiche.
Jos. Feiner - Hamburg, Vorsitzender.

Der Bund gesetzestreuer jüdischer Lehrer Deutschlands.
Dr. G. Lange, Frankfurt a. M., Vorsitzender.

Israelitischer Lehrerverein für Bayern.
A. Mandelbaum - Würzburg, Vorsitzender.

Das Berliner Tageblatt vom 5. November d. Js. bringt eine Notiz über die Gründung einer „Jüdischen Emigrationsorganisation" in Deutschland. Mit der ostjüdischen Frage befassen sich in Deutschland seit einer Reihe von Jahren eine grosse Anzahl jüdischer Organisationen. Gerade in den letzten Monaten haben sich dieselben, nachdem bereits während des Krieges für die ostjüdischen Arbeiter das „Arbeiter-Fürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands" gegründet worden war, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. An dieser sind beteiligt: Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die Grossloge für Deutschland, der Hilfsverein der deutschen Juden, der Zentralverein für jüdische Auswanderungsangelegenheiten, die Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, die Jüdische Gemeinde in Berlin, die Zionistische Vereinigung für Deutschland, das Jüdische Arbeitsamt, das Komitee für den Osten, das Arbeiterfürsorgeamt und die ihm angeschlossenen Organisationen der ostjüdischen Arbeiter und des Verbandes der Ostjuden.

Die Arbeitsgemeinschaft dieser Organisationen beschäftigt sich mit der Fürsorge für die in Deutschland befindlichen Ostjuden. Inwieweit später, wie in der Zeit vor dem Kriege eine jüdische Durchwanderung von Osteuropa durch Deutsch-

land im grösserem Stile stattfinden wird, ist heute nicht zu übersehen. Wenn die Möglichkeiten für sie vorhanden sein werden, so werden diese Organisationen, die zum Teil eine vieljährige Praxis auf dem sehr schwierigen Gebiet der Massenauswanderung haben, diese Aufgabe durchführen. Ein Grund, eine neue jüdische Emigrationsorganisation zu gründen, liegt hiernach durchaus nicht vor. Nachdem die verschiedenen Gruppen der deutschen Judenheit organisiert sind, ist die Zeit vorüber, in der Privatpersonen ohne eine Mandat der Organisationen so schwerwiegende und schwierige Aufgaben, wie es die Auswandererfürsorge ist, in die Hand nehmen können.

Rundschreiben betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen.

In der Anlage übersenden wir Ihnen eine auszugsweise Abschrift aus dem zwischen der deutschen und polnischen Regierung abgeschlossenen Vertrage über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von "Straffreiheit. Wir bitten Sie, diese Abschrift denjenigen Ihrer Gemeindemitglieder bekannt zu geben, die Interesse hierfür haben können. Wir verweisen hierbei insbesondere darauf, dass Kontributionen, Strafgelder und Kautionen in solchen Verfahren, die noch nicht rechtskräftig erledigt sind, zurückgezahlt werden müssen. Falls sich bei Ihnen Zweifel über die Auslegung der einzelnen Bestimmungen ergeben sollten, sind wir bereit, Sie nach Möglichkeit aufzuklären. In diesem Falle bitten wir Sie, uns das gesamte Material hierüber einzuschicken.

Der geschäftsführende Ausschuß.
Kollenscher. Herzog.

Artikel 1.

Die vertragschliessenden Teile werden alle von Ihnen noch nicht auf freien Fuss gesetzten Personen, die aus Anlass der polnischen Bewegung mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wurden oder interniert oder als Geiseln oder als Schutzhäftlinge festgenommen worden sind, unverzüglich nach ihrem Heimatsort oder dem von ihnen gewählten Aufenthaltsort entlassen. Ausgenommen bleiben Personen, die sich in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden und nicht unter die Bestimmungen der Artikel 6—9 über die Gewährung von Straffreiheit fallen.

In gleicher Weise wird Polen diejenigen Deutschen entlassen, die von ihm etwa noch als deutsche Heeresangehörige oder ehemalig deutsche Heeresangehörige festgehalten werden.

Artikel 6.

Jeder vertragschliessende Teil gewährt volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages, namentlich auch während der polnischen Bewegung in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen, die auf eine militärische, politische oder nationale Betätigung zu Gunsten des anderen Teiles zurückzuführen sind. Hierunter fallen ausserdem Handlungen, die sich als Hoch- oder Landesverrat darstellen, insbesondere auch die Ausübung einer amtlichen Tätigkeit, die Teilnahme an der Volksratsbewegung, sowie die Beteiligung an Orts- und Bürgerwehren.

Ferner gewährt jeder vertragschliessende Teil volle Straffreiheit für die mit der polnischen Bewegung in Zusammenhang stehenden, vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages begangenen Zuwiderhandlungen gegen die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erlassenen Anordnungen der beiderseitigen Militärbefehlshaber oder gegen Verbote des Waffenbesitzes oder des Waffenhandels, oder gegen gesetzliche Vorschriften, durch die eine Verpflichtung zum Dienste im Heere begründet wird.

Artikel 7.

Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die verhängten Strafen erlassen, die anhängigen Verfahren eingestellt und neue Verfahren nicht eingeleitet.

Artikel 8.

Den Personen, die auf Grund des Artikel 7 auf freien Fuss gesetzt werden, wird gestattet, sich an ihren bisherigen Wohnsitz zurück zu begeben. Sie sind dort keinen anderen Beschränkungen unterworfen, als die übrige Bevölkerung. Dem Wunsche, in das Gebiet des anderen Teils auszureisen, wird von dem Aufenthaltsstaat kein Hindernis bereitet werden.

Artikel 9.

Soweit Straffreiheit gewährt ist, werden Gegenstände, die in einem noch nicht rechtskräftig erledigten Verfahren beschlagnahmt worden sind, zurückgegeben. Desgl. werden Kautionen oder ähnliche Leistungen zurückerstattet, die zwecks Abwendung einer Internierung, Verhaftung oder Verschleppung geleistet worden sind, und zwar auch dann, wenn sie als verfallen zu gelten hätten, weil der Sicherheit Leistende den ihm auferlegten Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Artikel 10.

Keiner der vertragschliessenden Teile wird in Zukunft eine Person wegen einer vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages erfolgten politischen oder nationalen Betätigung einer Ausnahmebehandlung unterwerfen.



Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Chone, Posen. Für den Anzeigenteil verantwortlich: i. V. Hans Werner, Posen.
Druck D. Goldberg, Posen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Rechtsanwalt Dr. Chone, Posen. Für den Anzeigenteil verantwortlich: i.V. Hans Werner, Posen

Druck von D. Goldberg, Posen.

Empfehlenswerte Adressen:

Schneider:

S. Lewin, Posadowskystrasse 5.
Simon Loszynski, Teichstrasse 11 part.
M. Lubelski, Wasserstrasse 17/18.
W. Ruschin, Schuhmacherstrasse 11.
Isidor Salinger, Breitestrasse 24.
Max Sgaller, Ziegenstrasse 18.

Schuhmacher:

M. Anschel, Judenstrasse 2/6.
J. Brackstein, Gr. Gerberstrasse 23.
B. Kendziora, Gr. Gerberstrasse 36.
E. Margoliner, Marstallstrasse

Bäcker:

Hermann Czollak, Wronkerstrasse 5.
M. Dobrin, Judenstrasse 26.

Optiker:

Ignac Berek, Gr. Gerberstrasse 36.